

rundschreiben  
02/20



medico international

# Zeit der Reparatur

UNO im Notbetrieb / Nekropolitik und Pandemie /  
Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus

**Titelbild:**

Say Their Names: Unweit des Ortes, an dem George Floyd getötet wurde, sind die Namen von Opfern der grassierenden Polizeigewalt auf der Straße sichtbar gemacht. Foto: REUTERS/Eric Miller

Fotos der Autor\*innen: Casa de América, CC BY-NC-ND 2.0, medico, Privat, University of the Witwatersrand

**Impressum**

Herausgeber:  
medico international  
Lindleystr. 15  
D-60314 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel,  
Ramona Lenz, Christian Sälzer  
Korrektorat: Marek Artt  
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

## AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 02/20

- 4 Editorial
- 6 **Neugründung von unten**  
Kommentar: Für einen anderen Multilateralismus
- IM NOTBETRIEB: DIE UNO IN DER KRISE**
- 12 **Der Pharmakomplex**  
Die Exklusivität lebensnotwendiger Medikamente und die WHO
- 16 **Ein kurzer Frühling der globalen Gesundheit**  
Kommentar: Der Kampf um einen Corona-Impfstoff für alle
- 18 **Stabile Katastrophe**  
Die syrische Tragödie und das totale Scheitern der UNO
- 23 **Nächster Schritt: Annexion**  
Das Recht des Stärkeren im israelisch-palästinensischen Konflikt
- 26 **Projekte Projektionen**  
El Salvador, Südasien, Libanon
- IM AUSNAHMEZUSTAND: DAS VIRUS UND DIE FOLGEN**
- 28 **Einspruch aus Moria**  
Lesbos: Wie Corona die Situation in den Flüchtlingslagern noch verschärft
- 31 **Unteilbar durch die Krise?**  
Kommentar: Menschenrechte in Zeiten der Pandemie
- 32 **Nekropolitik und Pandemie**  
Wie Bolsonaro in Brasilien einen inneren Feind neu konstruiert
- 37 **Zuhausebleiben verboten**  
Nicaragua und die geleugnete Epidemie
- ZUR GEGENWART VON KOLONIALISMUS, SKLAVEREI UND RASSISMUS**
- 42 **Globale Matrix der Kolonialität**  
Lehren aus der südafrikanischen Post- und Neoapartheid
- 47 **Protest-Kontinuum**  
Die globale Macht der aktuellen Bewegungen
- 50 **Verflochtene Geschichte**  
Rezension: Haiti, das koloniale Erbe und Emanzipation
- 53 **Reparatur durch Reparationen**  
Kommentar: Der Empörung über Rassismus müssen Taten folgen
- 54 **medico aktiv**  
Afrika neu denken, Ensemble Moderne, School of Resistance
- 56 Bestellen & Verbreiten
- 58 Spenden & Stiften

Angesichts der Corona-Krise genügt heute ein kurzer Blick in die Nachbarschaft, um zu verstehen, was globaler Norden und was globaler Süden ist.

# Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur durch die Corona-Krise zeigen sich die Konflikte unserer Gegenwart wie durch ein Brennglas. Ein ebensolcher Einschnitt ist die brutale Ermordung von George Floyd in Minneapolis. „Ich kann nicht atmen“ – Floyds letzte Worte verbinden beide Ereignisse. Wir erleben eine weltweite Welle des Widerstands. Nicht nur in den USA werden ganze Straßenzüge mit den Namen von Rassismus-Opfern oder mit der Losung „Black Lives Matter“ bemalt. Auch in Frankfurt erinnert ein 27 Meter langes Graffiti an die neun Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau unter dem Titel „Rassismus tötet von Hanau bis Moria“. Hier wird nicht nur der öffentliche Raum zurückerobert. Es zeigt sich auch eine Globalität des Medialen, des Beharrens auf Wahrnehmung, des „sich in dem öffentlichen Raum sichtbar Machens“.

Das sei ein „aufregender Moment“, sagte die Alt-68erin und Bürgerrechtlerin Angela Davis auf der Kundgebung der Hafendarbeiter, die in Solidarität mit George Floyd und der Black-Lives-Matter-Bewegung streikten. Ein Pressefoto zeigt sie mit Maske und geballter Faust bei der Juneteenth-Demonstration in Oakland. Eigentlich hatte sich Angela Davis aufgrund einer chronischen Erkrankung aus der Öffentlichkeit zurückziehen wollen. Aber hier materialisiert sich gerade ihr Lebenswerk und das vieler anderer Black-Power-Aktivist\*innen. Ein Protest-Kontinuum nennt sich deshalb der Artikel von Mario Neumann, der sich mit den weltweiten Bewegungen beschäftigt, die mehr sind als nur ein spontanes Aufbäumen. Was sich da ereignet, lässt sich nicht mehr aussitzen. Das sind, schreibt Mario Neumann mit Blick auf die Anthropologin Rita Segato, „Revolutionen, die bereits stattgefunden haben“.

Man muss sich schon blind machen, um ruhig zu bleiben. Es genügt ein Blick in die eigene Nachbarschaft, um zu verstehen, was globaler Norden und globaler Süden ist. Nicht nur in Brasilien oder in Nicaragua bekommen Menschen am Rand der Gesellschaft statt eines umfassenden gesundheitlichen Beistands lediglich eine Ersatzdroge (siehe dazu die Beiträge von Ruy Braga und Sergio Ramirez). Auch bei uns herrscht soziale Ignoranz, die sich mit unterschwelligem Rassismus legitimiert. medico international nimmt seit vielen Jahren an der Konferenz „Armut und Gesundheit“ teil, weil sich Armut in weniger gesunden Lebensjahren und einem kürzeren Leben niederschlägt. Gesundheit ist also nicht nur die Entwicklung eines Impfstoffes. Trotzdem ist es schmerzlich, die Äußerung des Gesundheitsamtsleiters in Berlin-Reinickendorf, Patrick Larscheidt, als Neuigkeit lesen zu müssen, die medico seit Jahren unterschreiben kann: „Wir haben hier ein Infektionsgeschehen unter armen Leuten, die schlecht wohnen. Das sind Zustände, wie sie Rudolf Virchow vor 150 Jahren erlebt und bekämpft hat. Hier gibt es sie immer noch. Medizin, das zeigt sich wieder einmal, ist auch politisch: Diese Leute werden immer wieder krank, weil sie so leben, wie sie leben – in ärmlichen Verhältnissen. Und unsereins lädt sich dann die App herunter und fühlt sich gut.“



Katja Maurer ist  
Chefredakteurin  
des medico-rund-  
schreibens.

Medizin ist politisch, wohl wahr. In diesem Heft bestätigt sich der Satz praktisch auf jeder Seite. Wir stehen vor der Herausforderung, exemplarisch politische Änderungen erreichen zu müssen, wenn wir wollen, dass sich etwas für alle ändert. Und es muss sich für alle ändern, selbst mit einer Corona-App ist niemand geschützt, wenn nicht alle geschützt sind. Das öffentliche Gut Gesundheit führen heute europäische Politiker\*innen im Munde, als wären sie schon immer grundsätzlich antikapitalistisch eingestellt gewesen. Wer aber allein die Geschichte der Pharmaforschung und -entwicklung nachliest, wie sie Andreas Wulf in seinem Text über den Pharma-Komplex nachzeichnet, fasst sich an den Kopf, ob so viel neofeudalistischer Eigeninteressen, die sich gegen eine allgemeine Vernunft durchsetzen.

Wir haben auch in diesem Heft – wie immer – Spendenstichworte zu den einzelnen Ländern. In unserer Spender\*innenschaft erfreut sich aber das Stichwort „Globale Gesundheit“ zur Zeit großer Beliebtheit. Ich möchte sie ermuntern, diesem Stichwort treu zu bleiben. Denn „Medizin ist politisch“ und Gesundheit muss global genauso erstritten werden wie lokal. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung.

Herzlichst  
Ihre



# Neugrün- dung von unten

# Im 75. Jahr der UNO steckt der Multilateralismus in seiner bisherigen Form in einer Sackgasse

Von Thomas Gebauer

Noch unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs und verbunden mit großen Hoffnungen entstanden vor 75 Jahren die Vereinten Nationen. Nie wieder sollten die Verhältnisse in der Welt gewaltförmig eskalieren; endlich sollte das Recht auf ein würdiges Leben für alle Menschen verwirklicht werden. Der UN-Sicherheitsrat wurde eingerichtet, und neben ihm – fast noch bedeutender – der UN-Wirtschafts- und Sozialrat. Während der erste nur für den Notfall gedacht war, sollte der andere für das Fundament eines friedlichen Zusammenlebens sorgen: für soziale Gerechtigkeit.

Bekanntlich sind die Dinge anders gekommen. Zwar ist die Welt in den zurückliegenden Jahrzehnten näher zusammengedrückt, doch zu einem sicheren Ort wurde sie nicht. Im Gegenteil. Nicht Gerechtigkeit und Frieden bestimmen heute das Geschehen in der Welt, sondern tiefe soziale Spaltungen. Millionen von Menschen sind auf der Flucht, bürgerkriegsähnliche Zustände allerorten, ein dramatisch voranschreitender Klimawandel und nun auch noch eine globale Pandemie. Die Herausforderungen, mit denen sich die Welt gegenwärtig konfrontiert sieht, sind groß und das Bemühen um globale Lösungen ist dringender denn je. Dennoch suchen mehr und mehr Länder ihr Heil in Alleingängen und nationaler Abschottung. Ausgerechnet in dem Augenblick, in dem internationale Koopera-

tion so nötig wäre, verflüchtigt sich die Idee des Multilateralismus.

Zu keiner Zeit waren die Vereinten Nationen die Weltgemeinschaft, für die sie von vielen gehalten wurde. In den Gremien der UN kommt nicht die Welt zusammen, sondern Vertreter\*innen von Nationalstaaten, darunter mächtige und weniger mächtige, autokratische und auch ein paar, die demokratisch konstituiert sind. Sie alle mögen sich hin und wieder zur Universalität der Menschenrechte bekennen, drängen im politischen Alltag aber über die Durchsetzung höchst eigennütziger Interessen auf den Erhalt bestehender Privilegien. So lässt sich das globale Krisengeschehen nicht lösen. Dazu ist sowohl eine gerechte und nachhaltige Nutzung des vorhandenen Reichtums als auch die Umverteilung von Entscheidungsmacht notwendig. Insbesondere diejenigen, die derzeit die Hauptlast des prekären Zustandes der Welt zu tragen haben, die Menschen im globalen Süden, müssen zur entscheidenden Kraft werden. Der Trend aber zeigt in die andere Richtung.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ist der Multilateralismus der Nachkriegszeit, so unvollendet er immer gewesen ist, durch eine neue Form globaler Politik abgelöst worden: den sogenannten Multi-Stakeholder-Ansatz. Die Idee, die dahinter steht, klingt vordergrün-

dig nicht schlecht. Alle, die von politischen Prozessen betroffen sind (und in diesem Sinne Anteil haben, also Stakeholder sind), sollen an der Entscheidungsfindung mitwirken. Neben Regierungen auch Vertreter\*innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, so die Theorie.

In der Praxis sind es allerdings höchst ungleiche Partner\*innen, die da zusammenkommen. Mächtige Konzerne (nicht selten vertreten durch hochbezahlte Anwaltskanzleien), eine Politik (die vielleicht Sympathie für das Menschenrecht äußert, aber immer wieder, dem ökonomischen Diktat folgend, auf Sachzwänge verweist), einflussreiche Philanthrokapitalisten (ohne deren Zuwendungen offenbar nichts mehr geht) und schließlich auch ein paar zivilgesellschaftliche Akteur\*innen (die dem Ganzen einen partizipativen Anstrich geben). Wer aber vertritt die Zivilgesellschaft? International aufgestellte NGOs, die längst eigene Interessen verfolgen, oder lokale Graswurzel-Initiativen und soziale Bewegungen? Mächtige Stiftungen oder demokratisch legitimierte Interessenvertretungen? So undurchsichtig das Zustandekommen von Multi-Stakeholder-Treffen ist, so selbstbewusst präsentieren sich deren Profiteure, die Lobbyisten der Wirtschaft. Hatten die früher nur mittelbar (in der Lobby) agieren können, sitzen sie nun ganz offen am Verhandlungstisch. Und so schreitet die Privatisierung der globalen Institutionen voran.

Im Juni 2019 besiegelten die Vereinten Nationen eine strategische Partnerschaft mit dem Davoser „Weltwirtschaftsforum“, um, wie es heißt, die 2015 beschlossene UN-Agenda der nachhaltigen Entwicklung, die SDGs voranzubringen. Privilegierter Partner der Weltorganisation wurde nicht das periodisch tagende „Weltsozialforum“, jenes bunte und offene Treffen von Vertreter\*innen aus sozialen Bewegungen, Kirchen, Gewerkschaften, lokalen und transnational vernetzten Aktivist\*innen, die

auf eine andere, eine solidarische Welt drängen, sondern jener elitäre Zusammenschluss von Vertreter\*innen aus Wirtschaft und Politik, der an der eingetretenen sozial-ökologischen Verwüstung der Welt nicht unbeteiligt war.

Es stimmt, dass zur Umsetzung der SGDs große Anstrengungen und viel Geld notwendig sind. Aber lässt sich die Welt wirklich retten über die Intensivierung einer Produktionsweise,

Entscheidend wird sein,  
ob es gelingt, die UN zu  
einer echten Repräsentanz  
der Weltbevölkerung zu  
transformieren.

die längst an ihre planetarischen Grenzen gestoßen ist? Das genau aber fordert das Kleingedruckte der UN-Agenda, die Ausführungsbestimmungen. Nicht durch eine gerechte Verteilung der bestehenden Ressourcen sollen die Ziele erreicht werden, sondern durch Wirtschaftswachstum, für das die Länder jeweils selbst zu sorgen haben. In der Frage, wie sie das vielleicht könnten, wird ihnen künftig nicht mehr eine multilateral verfasste „UN-Konferenz für Handel und Entwicklung“ (UNCTAD) zu Seite stehen, die wenigstens noch den Versuch gerechterer Austauschverhältnisse unternahm, sondern ein privater Club von führenden Konzernchefs und Wirtschaftslobbyisten, die gewohnt sind, „gewinnbringende Problemlösungen“ allein im Kontext von Kapitaleinsatz und unternehmerischem Management zu planen. Das Signal, das von der Partnerschaft der UN mit dem „Weltwirtschaftsforum“ ausgeht, ist fatal: nicht Demokratisierung ist angesagt, sondern die weitere Verschmelzung von Politik mit Ökonomie.

In Krisen die Kräfte zu bündeln, um beispielsweise rasch einen Impfstoff und Medikamente zu entwickeln, ist ohne Frage richtig. Falsch hingegen ist, wenn darüber in elitären Zirkeln befunden wird, wie das Anfang Mai auf Einladung der EU-Kommission in Brüssel geschehen ist. Da saßen weder Vertreter\*innen aus den Ländern des Südens noch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen am Tisch. Dafür aber die Weltbank, das „Weltwirtschaftsforum“ und Unternehmensstiftungen, die schließlich dafür sorgten, dass die aus öffentlichen Etats für die Arzneimittelforschung bereitgestellten Milliarden allesamt von „Public-Private-Partnerships“ verwaltet werden sollen, nicht aber über die „Weltgesundheitsorganisation“, die von den Vereinten Nationen 1948 eigens für solche internationalen Steuerungsaufgaben geschaffen wurde.

Und so zeigt sich der prekäre Zustand der UN auch in ihren Sonderorganisationen. Auch die WHO leidet unter klammen Kassen, die sie in die Abhängigkeit von privaten Geldgeber\*innen getrieben hat. Über den Einfluss der „Bill and Melinda Gates Foundation“ ist zuletzt viel geschrieben worden, kaum hingegen etwas über die im Mai formell gegründete private „WHO Foundation“. Deren Ziel ist es, die finanzielle Basis der WHO über Zuwendungen aus Wirtschaft und Philanthropie zu erweitern; für hochwirksame Programme, wie es heißt, über deren strategische Ausrichtung die Leitung der Stiftung mitentscheiden wird. Der Ausgleich, der so für die unzureichende öffentliche Finanzierung der WHO geschaffen werden soll, ist hochproblematisch: Statt über eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik die fiskalischen Voraussetzungen für eine Stärkung der Unabhängigkeit der WHO zu schaffen, wird sie weiter dem Goodwill privater Geldgeber\*innen ausgeliefert.

Heute liegen die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen am Boden. Ob sie jemals

wieder die Rolle spielen können, die ihnen bei ihrer Gründung zugeordnet wurde, ist fraglich. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die UN zu einer echten Repräsentanz der Weltbevölkerung zu transformieren. Um dem globalen Krisengeschehen wirkungsvoll begegnen zu können, bedarf es einer gänzlich anderen Politik, eines „new deals“ auf lokaler wie auch auf globaler Ebene.

Und vielleicht ist das der einzige verbleibende Ausweg: die Verständigung auf einen neuen Multilateralismus von unten. Was spricht dagegen, die Idee des UN-Wirtschafts- und Sozialrates vom Kopf auf die Füße zu stellen, in dem sich allerorten Menschen zusammenfinden, um bereits im Lokalen auf die Demokratisierung von wirtschaftlichen Zusammenhängen zu drängen? Was gegen die Bildung öffentlicher Gesundheitsforen, die das leisten, was in den bürokratisch-ökonomischen Apparaten nicht mehr gelingt, nämlich denen die Stimme geben, um deren Gesundheit es geht? Dass solche Hoffnungen nicht unbegründet sein müssen, zeigt der länderübergreifende Aufschrei gegen Waffengewalt, Klimazerstörung und Rassismus. Hier wächst ein neuer Multilateralismus, getragen nicht von Nationalstaaten, sondern einer Zug um Zug stärker werdenden transnationalen Öffentlichkeit.



Thomas Gebauer ist Sprecher der Stiftung medico und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Zustand der Vereinten Nationen. Von 1996 bis 2018 war er Geschäftsführer von medico international.

# Im Not- betrieb

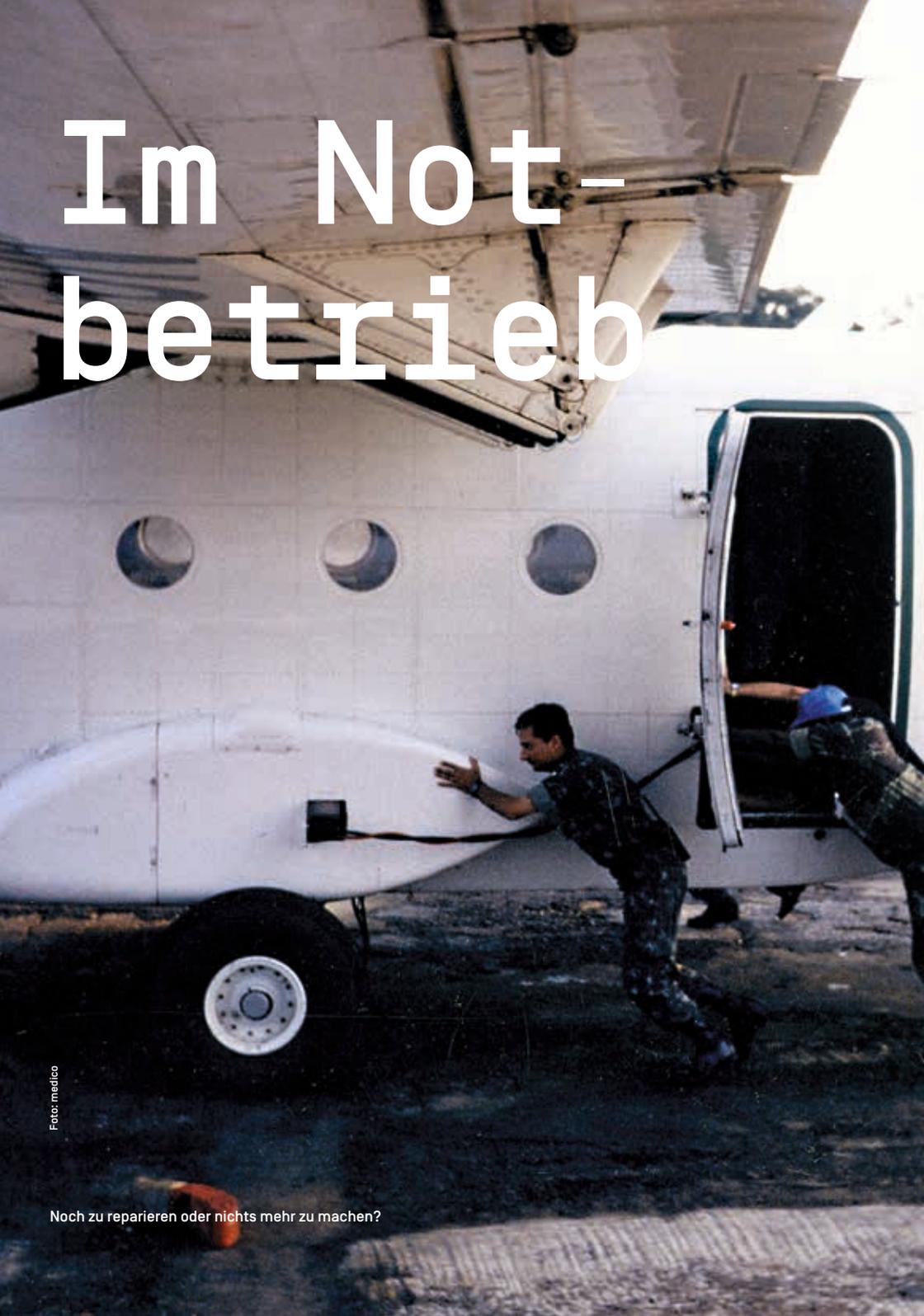


Foto: medico

Noch zu reparieren oder nichts mehr zu machen?

Die Vereinten Nationen und der Multilateralismus, der in ihrem Rahmen möglich schien, drohen zerrieben zu werden zwischen staatlichen, geostrategischen oder wirtschaftlichen Interessen. Drei Beispiele der Krise: die Auseinandersetzungen um eine allen zugängliche Pharmaforschung und -entwicklung, der Krieg in Syrien und der israelisch-palästinensische Konflikt.



# Der Pharmakomplex

Mit Covid-19 kehrt die Auseinandersetzung um Forschung und Entwicklung lebensnotwendiger Medikamente zurück: Schauplatz ist die WHO

Von Andreas Wulf

Medikamente bekämpfen Krankheitserreger, verlängern Leben, helfen bei chronischen Krankheiten, lindern Schmerzen, dämpfen Ängste, manche machen euphorisch, andere lassen Haare nachwachsen oder helfen beim Abnehmen. Gegen jede Krankheit ist ein Kraut gewachsen, hieß es früher. Heute gibt es für jedes Problem eine Pille. Doch es gibt auch eine andere Seite der pharmakologischen Wunderwelt: massive Werbeaktivitäten zur Umsatzsteigerung problematischer Kombinationspräparate, fragwürdige Ausdehnung der Einsatzbereiche an sich sinnvoller Medikamente, Innovationen mit nur minimalem Zusatznutzen, Forschungsorientierung an lukrativen Märkten statt dringlichen Gesundheitsproblemen für Menschen ohne Kaufkraft und Krankheiten der Armut. Hier ist eine Instanz wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gefragt, die die Gesundheitsbedürfnisse aller Menschen im Blick haben sollte.

Tatsächlich sind Auseinandersetzungen zwischen der WHO und der kommerziellen Pharmaindustrie spätestens seit den 1970er Jahren ein wichtiger Teil ihrer Arbeit. Die großen Konzerne bekämpften von Anfang an die Entwicklung des WHO-Konzepts der „Unentbehrlichen Arzneimittel“, mit dem erstmals 1977 Licht in

den Dschungel der wild wuchernden Kombinationspräparate und Substanzen gebracht wurde. Die Vorstellung, dass eine überschaubare Liste von wenigen Hundert Substanzen für die wichtigsten Erkrankungen der Menschen ausreichen sollte, trieb die Konzerne auf die Barrikaden. Trotz aller wissenschaftlichen Expertise, die die WHO in ihren zweijährigen Kommissionen zur regelmäßigen Weiterentwicklung der „Model List of Essential Medicines“ aufbot, denunzierten sie das Konzept als „Minimalmedizin für arme Menschen in armen Ländern“.

## Misstrauen gegen Generika

Auch wenn sich inzwischen 140 Länder auf der Grundlage dieses Modells eigene nationale „Positivlisten“ für ihre öffentlichen Gesundheitsdienste geschaffen haben, gelang es der Pharmaindustrie, sie vor allem in den hochpreisigen Märkten der Industriestaaten zu verhindern. Schon Horst Seehofer scheiterte in den 1990er Jahren als Gesundheitsminister mit einem solchen Vorhaben am Bundesrat, in dem die Pharmalobby den starken SPD-Ministerpräsidenten mit Arbeitsplatzabbau drohte. Auch ein neuer Anlauf 2003 mit politisch umgekehrten Vorzeichen brachte keinen Erfolg.

Eine zweite Verteidigungslinie der Pharmalobbyisten war das gezielt gesäte Misstrauen gegenüber den Generikaherstellern, die erfolgreiche Medikamente zu kostengünstigen Preisen nachproduzieren. Auch Ratiopharm musste in Deutschland gegen diese Vorurteile ankämpfen. Härter trifft es die internationalen Hersteller vor allem aus Indien. Bei diesen wird nicht nur die Qualität der Produkte beständig in Frage gestellt. Sie werden auch systematisch in die Nähe von „Markenpiraterie“ und Arzneimittelfälschungen gerückt. So soll die Erosion von Pharma-Märkten vor allem in Schwellenländern aufgehalten werden. Die transnationalen Pharmaunternehmen sind allzu gerne bereit, sich bei der WHO und auch bei großen Ländern mit Medikamentenspenden unliebsame Generika und damit Konkurrenz vom Leib zu halten.

Ein klassisches Beispiel ist das Spendenprogramm von Novartis für sein innovatives Leukämie-Medikament Imatinib (Gleevec®) Anfang der 2000er Jahre. Mit einem Preis von 150.000 Dollar Jahreskosten war es nicht nur für Patient\*innen in den ärmsten Ländern, sondern auch in den aufstrebenden middle-income-Ländern nicht zu bezahlen. Während Novartis trotz starker internationaler Kritik versuchte, für sein Medikament Patentschutz in Indien zu bekommen, um eine generische Produktion durch die dortigen Pharmaunternehmen zu verhindern, gründete es eine gemeinnützige Stiftung. Diese stellte das Medikament für arme Patient\*innen in inzwischen 80 Ländern zur Verfügung. Eine ähnliche Strategie versuchten die Firmen zur gleichen Zeit beim „Global Fund to Fight Aids, TB and Malaria“, dem sie umfangreiche Medikamentenspenden anboten, um die erfolgreich entwickelten Konkurrenzprodukte der indischen Unternehmen von den Finanzierungen durch den Global Fund fernzuhalten. Wieder wurden Qualitätsargumente bemüht. Um diese zu entkräften, be-

gann die WHO ein eigenes Präqualifizierungsprogramm aufzulegen, mit dem sie seitdem die Produzenten von Generika einer umfangreichen Qualitätsprüfung unterzieht, die ihre Ware an mit Mitteln des Fund finanzierte Behandlungsprogramme liefern.

## Verbissen für Patente

Den hartnäckigsten Kampf führt die Pharmaindustrie allerdings um ihr „Innovationsmodell“ der Geistigen Eigentumsrechte. Denn nur durch diese vom Patentsystem abgesicherten Rechte lassen sich die hohen Monopolpreise erreichen, die das „Blockbuster“-Modell der aktuellen Pharmaforschung und Produktion ermöglichen: Wenige erfolgreiche Produkte werden massiv beworben und rasch in den Markt gedrückt, um in kurzer Zeit maximalen Gewinn zu erreichen. Davon hängen Börsennotierungen und Dividenden ab. Obwohl als Rechtfertigung für dieses Modell die hohen Forschungskosten und zahlreichen Fehlschläge bis zum neuen „Blockbuster“-Medikament angegeben werden, forschen die großen Konzerne gar nicht mehr immer selbst. Vielmehr nutzen sie die enormen Gewinne für Einkaufsstouren und Fusionen: Kleine Biotechnologie-Unternehmen, die erfolgversprechende Forschungsergebnisse nachweisen können, werden, kaum haben sie den „Großen“ das Entwicklungsrisiko weitgehend abgenommen, geschluckt.

Das Hepatitis-C-Medikament Sofosbuvir (Sovaldi®) vom Pharmariesen Gilead war solch ein relevanter Durchbruch. In Europa kostet die Behandlung damit immer noch über 43.000 Euro, während die internationale Generikakonzurrenz den Preis für das Medikament auf unter 100 Euro gedrückt hat. Entwickelt wurde es von einem kleinen britischen Start-up Pharmasset, geschätzte Entwicklungskosten zur Zeit der Übernahme zwischen 43 Mio (für Sofosbuvir allein)

und 271 Mio. [inkl. gescheiterter Kandidaten]. In der Übernahmeschlacht 2013 zwischen den Giganten war die US-amerikanische Firma Gilead schließlich mit 11 Mrd. Dollar erfolgreich. Es sollte sich lohnen. Schon nach zwei Jahren hatte das Medikament 35 Mrd. eingespielt.

Eine ebenfalls dramatische Folge dieser Marktstruktur ist die systematische Verzerrung von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten. Großunternehmen tätigen primär dort Forschungsanstrengungen, wo sich die gewünschten Umsätze realisieren lassen. Im Fokus sind neue Medikamente zur Behandlung von Krebserkrankungen, psychischen Leiden, Diabetes und andere chronische

Mit Medikamentenspenden bei der WHO versuchen Pharmakonzerne, sich unliebsame Ge-nerika und damit Konkurrenz vom Leib zu halten.

Krankheiten von Menschen, deren Sozial-, Versicherungs- und Gesundheitssysteme die enormen Kosten tragen. Im Gegensatz dazu ist die Antibiotika-Forschung weitgehend eingestellt, da hier die kurzfristigen Behandlungszyklen geringere Profite versprechen.

Kleinere Korrekturen an dem System, etwa die Hoffnungen auf Innovationen für seltene Krankheiten durch eine Verlängerung der Marktexklusivität für solche „Waisen-Medikamente“ durch die US-amerikanische oder auch europäische Arzneimittelbehörde, werden an dieser Schieflage nichts ändern. Nötig wäre eine konsequente Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten von den Preisen. Nur so können Innovationen rasch und möglichst

kostengünstig für alle Menschen verfügbar gemacht werden. Auch für diese Auseinandersetzung ist die WHO die richtige Bühne. Hier könnte sie sich in ihrer einzigartigen Funktion bewähren als der multilaterale Akteur der globalen Gesundheitspolitik mit dem Mandat, völkerrechtlich verbindliche Verträge zu verhandeln. Dies geschieht allerdings nur allzu selten, aktuelle Ausnahmen sind die Verträge des Tabak-Kontroll-Abkommens und die International Health Regulations, die die Kooperation der Mitgliedsstaaten im Fall von globalen Gesundheitsnotständen regeln. Die Coronavirus-Pandemie ist genau ein solcher Notstand.

Es war 2012, als die konsultative Experten-Arbeitsgruppe zu Forschung und Entwicklung nach einem Jahrzehnt der Analysen und Verhandlungen in der WHO-Kommission über geistige Eigentumsrechte, Innovation und Öffentliche Gesundheit (Commission on Intellectual Property Rights, Innovation and Public Health) einen Vorschlag auf den Tisch legte. Er sah ein verbindliches Rahmenabkommen zu „Open Knowledge Innovation“ vor, mit dem eine gemeinsame öffentliche Forschungsfinanzierung durch die Mitgliedsstaaten der WHO entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsstärke vereinbart werden sollte. Damit wären das generierte Wissen, die Produkte und sogar Lizenzen unter öffentlicher Kontrolle. Auf diese Weise könnten Medikamente kostengünstig von allen reproduziert werden. Noch im gleichen Jahr scheiterte dieser Vorschlag in der Weltgesundheitsversammlung, nicht einmal die damalige Generaldirektorin Margaret Chan hatte sich hinter ihn gestellt.

#### Patentpool hilft

Die Coronavirus-Pandemie könnte mit einem optimistischen Blick betrachtet die richtige Gelegenheit sein, einen neuen Anlauf zu neh-

men. Mit dem neuen Covid-19 Technology Access Patent Pool, der von Costa Rica und der WHO Ende Mai vorgestellt wurde, liegt ein Modell vor, in dem das Wissen zum Virus und die Instrumente seiner Bekämpfung gebündelt und für alle in einem freien Lizenzverfahren verfügbar wäre. Mit diesem ließe sich die seit Jahrzehnten währende Blockade zumindest für die aktuelle Krise überwinden. Allerdings sind unter den 36 Regierungen, die den Pool unterstützen, bislang nur fünf aus kleineren europäischen Ländern (Luxemburg, Portugal, Belgien, Niederlande, Norwegen). Mag die Kanzlerin inzwischen gern von den „globalen öffentlichen Gütern“ sprechen: Bei dem Vorstoß, der genau dies gewährleisten würde, hält sich die Bundesregierung, ebenso wie die Schwergewichte Großbritannien, Russland und China, entschieden zurück.

Bei der von der EU Anfang Mai initiierten Sammelaktion „Coronavirus Global Response“ sagte Deutschland 525 Mio. Euro zu, die in verschiedene Initiativen zur Diagnostik-, Impfstoff-

Nötig ist eine konsequente Trennung der Forschungs- und Entwicklungskosten von den Preisen. Nur so können Innovationen kostengünstig für alle verfügbar gemacht werden.

und Medikamentenforschung und zur Produktion und Verteilung der Produkte fließen sollen – ein substantieller finanzieller Beitrag. Aber Politik wird eben nicht nur mit dem Scheckbuch gemacht. Wesentlich sind die strukturellen Bedingungen. Der Covid19-Pool wäre der geeignete Ansatz, um die konkrete Umsetzung

und Zugänglichkeit solcher Innovationen zu ermöglichen. Er würde verhindern, dass wieder einmal die großen privaten Player Preise für ihre patentgeschützten Produkte festlegen und öffentliche Investitionen sich umgehend in private Gewinne verwandeln. Hierfür gilt es in der nächsten Zeit weiter zu streiten.



Andreas Wulf ist Mediziner und beschäftigt sich bei medico seit vielen Jahren u.a. mit globaler Gesundheitspolitik. Er ist Repräsentant von medico in Berlin.

Selten ist so deutlich geworden wie heute, wie wichtig ein aktives Eintreten für einen gleichen Zugang zu Gesundheit auf globaler Ebene ist. Die Vernetzung zwischen lokalen Gesundheitsinitiativen, die sich in ihren jeweiligen Regionen und Ländern für das Recht auf Gesundheit und eine öffentliche Infrastruktur einsetzen, und Gesundheitsfachleuten und Aktivist\*innen in der globalen Gesundheitsbewegung, die auch gegenüber der Weltgesundheitsorganisation aktiv sind, ist medico seit vielen Jahren ein zentrales Anliegen. Seit dem Jahr 2000 sind wir Mitglied im People's Health Movement und gehören dank Ihrer Spende zu den zentralen Förderinnen dieser globalen Bewegung. Der Einsatz für die Gesundheitsinteressen der nicht repräsentierten ausgeschlossenen Weltbevölkerung ist dabei ungleich komplexer als die Lobby-Politik der weltweiten Pharmaindustrie, die lediglich ihre Gewinninteressen verteidigt.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

# Der kurze Frühling der globalen Gesundheit

Ein Corona-Impfstoff für alle überall? Wie Deutschland & Co den wegweisenden Vorstoß für einen offenen Patentpool torpedieren

Wir befinden uns in der größten Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre. Mit und in der Pandemie entfalten politische Fehlentscheidungen ihre tödliche Wirkung. Eine an Marktinteressen orientierte Gesundheitspolitik, eine in ihrer Bedeutung umkämpfte Weltgesundheitsorganisation, die nur in wenigen Bereichen unabhängig handeln kann, die fehlende Gesundheitsinfrastruktur in vielen Teilen der Welt und ein Patentsystem, das den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten dem Marktinteresse unterwirft – all das erschwert ein global abgestimmtes Handeln.

Offenbar ist das auch manchen Regierungen aufgefallen. So erklärte Frankreichs Präsident Manuel Macron, niemals dürfe das öffentliche Gut Gesundheit in private Hände gelangen. Es sei verrückt – so Macron – die Heilung von Kranken dem Markt zu überlassen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betont immer wieder, dass die Gesundheit als globales Menschenrecht zu verstehen sei, und grenzte sich damit auch und vor allem von der America-first-Politik der USA unter Donald Trump ab. Der Impfstoff und Medikamente für die Behandlung von Corona müssten allen Menschen zur Verfügung stehen, lautet die Maxime der Bundesregierung. Immer wieder wird dabei die Weltgesundheitsorganisation – auch das in Abgrenzung zur nationalistischen Strategie der USA – als Orientierungsgröße für globales Handeln beschworen.

Eben dort wurde im Mai auf der World Health Assembly auf Initiative der WHO gemeinsam mit Costa Rica eine weitreichende Initiative vorgeschlagen: Mit einem offenen Patentpool sollen Daten und Wissen zu Covid-19-Behandlungsmöglichkeiten, Impfstoffen und Medikamenten gesammelt und die geistigen Eigentumsrechte gebündelt werden, um so die Produkte als „globales öffentliches Gut“ verfügbar zu machen. Das war die Chance, den großen Worten Taten folgen zu lassen und die Voraussetzungen für eine gerechte Verfügbarmachung eines Impfstoffes zu schaffen.



Anne Jung ist Gesundheitsreferentin bei medico international.

Doch sie ist vorerst vertan. Deutschland erhöht zwar die finanziellen Mittel für die WHO, wird die Initiative jedoch nicht unterstützen. Die Bundesregierung torpediert genau die Maßnahmen, die nötig wären, um ihre Versprechen zu verwirklichen. Die verbale Unterstützung der WHO erinnert verdächtig an die politische Antwort auf die Finanzkrise von 2008. Damals verpufften die kapitalismuskritischen Worte und die angekündigte weitreichende Regulierung des Finanzsektors schnell und das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft blieb unangetastet.

Auch jetzt kehrt die Bundesregierung zum Business as usual zurück, als sei die Pandemie vorüber und als seien die großen Worte nie gesagt worden. Stattdessen: Auf Initiative aus Berlin haben Frankreich, Italien, die Niederlande und Deutschland einen Vertrag mit dem Pharmaunternehmen Astra Zeneca geschlossen, durch den sich Europa 300 Millionen Impfdosen sichert. Von globaler Solidarität keine Spur. Auch über eine Festlegung, zu welchem Preis der Impfstoff ausgegeben werden soll, ist nichts bekannt. Bisher heißt es, dass die ausreichende Versorgung für die EU und „darüber hinaus“ sichergestellt werden solle. Das klingt verdächtig nach „falls etwas übrig ist“. Anstatt mit dem WHO Patentpool die Voraussetzung zu schaffen, dass es auch im Süden der Welt eine lokale pharmazeutische Produktion des Impfstoffes geben kann, investiert Europa Steuergelder, die der Pharmaindustrie Millionengewinne bescheren werden.

Während sich das Virus im Süden der Welt massiv ausbreitet, droht Europa im geopolitischen Wettrennen um den Corona-Impfstoff gegen die USA und China der globale Blick verloren zu gehen. Damit gibt sie auch die Perspektive auf, dass ein gerecht und entlang der Bedarfe verteilter Impfstoff im Interesse aller ist. Pharma statt Patentpool – mit der Light-Version einer EU-first-Politik degradiert Europa den Süden auch im Kampf gegen Corona zu Hilfeempfängern.

Anne Jung

# Stabile Katas- trophe

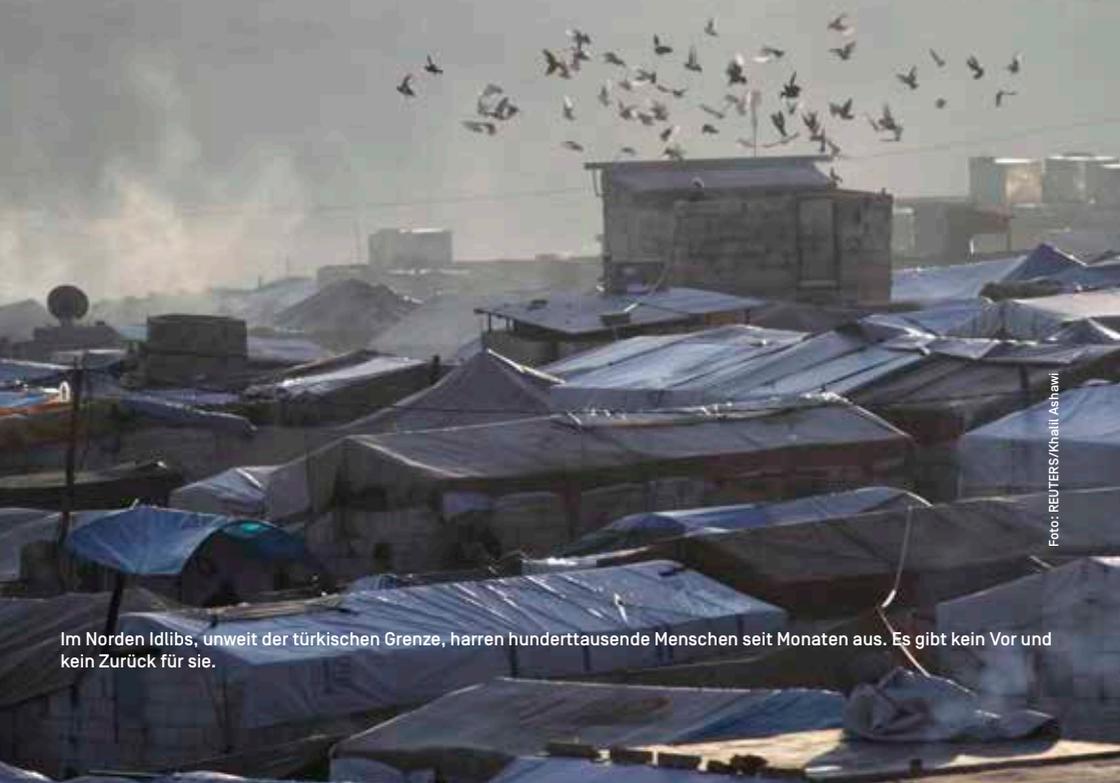


Foto: REUTERS/Khalil Ashawi

Im Norden Idlibs, unweit der türkischen Grenze, harren hunderttausende Menschen seit Monaten aus. Es gibt kein Vor und kein Zurück für sie.

Die UNO ist in Syrien auf die Rolle einer Hilfsorganisation geschrumpft. Die Politik machen Andere

### Von Till Küster und Anita Starosta

Die Krise der multilateralen Weltordnung wird nirgendwo so deutlich wie in Syrien. Das Land befindet sich im zehnten Kriegsjahr, aus dem Aufstand gegen die Diktatur Assads wurde einer der verheerendsten Konflikte unserer Zeit. Was als nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand strebender Aufstand begann, hat sich zu einer permanenten Krise aus Gewalt, Zerstörung und Vertreibung entwickelt. 6,6 Millionen Menschen sind vor Verfolgung, Terror und Bombardierungen außer Landes geflohen, innerhalb Syriens sind immer noch über sechs Millionen Menschen vertrieben. Vorsichtig geschätzt, sind 500.000 Menschen gestorben. Über neun Millionen Menschen sind akut von Hunger bedroht und vier von fünf leben unterhalb der Armutsgrenze. Internationalisiert wurden der Krieg und seine verheerenden Folgen auch durch die Flüchtlinge. Vor allem aber hat sich eine Vielzahl an Staaten direkt am Konflikt beteiligt, mit Truppen, Kampfflugzeugen, Geld. Es ist ein globaler Stellvertreterkrieg, in dem regionale Interessen ausgehandelt und Einflusszonen abgesteckt werden. Mitunter dient er auch innenpolitischen Ablenkungsmanövern. Er könnte sich also noch lange hinziehen.

### Syrien: Krise der UN

Die UNO wurde 1948 als Antwort auf die Katastrophe zweier Weltkriege gegründet. In Syrien

aber ist sie nicht in der Lage, ihrer Aufgabe der Friedenssicherung gerecht zu werden, geschweige denn, die Einhaltung der Menschenrechte zu sichern, die im Rahmen der UNO in den Menschenrechtspakten niedergelegt wurden. Der UN-Sicherheitsrat, das für die Konfliktbearbeitung entscheidende Gremium, ist in der Syrien-Frage tief gespalten: Seit Beginn des Krieges verabschiedete der Rat nicht weniger als 15 Resolutionen, weitere 15 sind gescheitert – zumeist am russischen und chinesischen Veto. Die vielleicht wichtigste Entscheidung des Rates war Resolution 2254 aus dem Jahr 2015. Sie beinhaltet eine Friedenslösung, die verklau-suliert eine politische Lösung ohne den derzeitigen Machthaber Baschar Al-Assad anstrebt. Die Resolution wurde als Meilenstein gepriesen. Seither ist die UNO auf dem Weg zu einer friedlichen Nachkriegsordnung ohne Assad keinen Schritt vorangekommen. Stattdessen schuf Russland den parallelen Astana-Verhandlungsprozess mit der Türkei und dem Iran, an dem die UNO gar nicht erst beteiligt ist. Alle UN-Bemühungen zur Konfliktlösung laufen spätestens seitdem ins Leere.

Gebraucht wurden die UN-Hilfsagenturen. Sie haben in Syrien ein einzigartiges Hilfe-System aufgebaut, das das Leben der Bevölkerung und in den von der Flüchtlingskrise betroffenen Nachbarstaaten grenzüberschreitend organisiert und aufrechterhält. Ganze Regionen

sind seit Jahren abhängig von UN-Hilfslieferungen. Unzählige Menschen konnten so gerettet werden. UN-Agenturen sorgen für Bildung, sichern Zugang zu Wasser, verteilen Nahrungsmittel. Auch wenn die Situation in den Lagern prekär und menschenunwürdig ist, darf man diese Hilfe nicht unterschätzen. Hinzu kommt eine andere wichtige Rolle der UN in dem Konflikt: Gremien wie der UN-Menschenrechtsrat analysieren immer wieder das Kriegsgeschehen und dokumentieren umfassend. So lässt sein Bericht zur Schlacht um Aleppo keine Fragen, was dort geschehen ist und welche Partei welche Kriegsverbrechen verübt hat.

Grotesk und mitunter widersprüchlich wird die Situation dadurch, dass sich internationale Hilfsprogramme der UNO und anderer Akteur\*innen in Syrien bei dem, was sie tun, eng mit den Machthabern in Damaskus abstimmen müssen. Diese autorisieren die Hilfe. So kommt es, dass international sanktionierte syrische Behörden eine zentrale Rolle in der Umsetzung von Hilfsgeldern in Milliardenhöhe spielen. Auch die Wohlfahrtsorganisation von Asma al Assad, der Frau des syrischen Präsidenten, erhält Millionen vom UN-Flüchtlingshilfswerk. Der Machtapparat, der ganze Städte der Opposition über Jahre belagern und zerstören ließ, entscheidet darüber, wo die UN mit welchen Strukturen Hilfe umsetzen kann und darf. Bis heute ist Syrien auch vollwertiges Mitglied der Vereinten Nationen, Vertreter\*innen des Regimes nehmen an Sitzungen teil und leiten Gremien der UN. Hier zeigt sich ein zentrales Problem: Die UN funktionieren unverändert als Arena allein staatlicher Regierungen und Institutionen. Nicht nur im syrischen Konflikt spielen nichtstaatliche Akteur\*innen jedoch eine entscheidende Rolle. Sie nur als verlängerten Arm staatlicher Interessen zu betrachten, unterschätzt ihre Rolle. Was das bedeuten kann, zeigt die Selbstverwaltung von Nordostsyrien

[kurdisch: Rojava]. In den vergangenen Jahren hat sie allein in dieser vom Krieg zerrissenen Region das Gemeinwesen und soziale Infrastrukturen aufrechterhalten. Da sie jedoch nicht als staatliche Entität anerkannt wird, bleibt sie von internationalen Verhandlungen ausgeschlossen und ist sie kein offizieller Kooperationspartner für internationale politische Akteur\*innen.

### Umkämpfte Autonomie

Den lokalen Helfer\*innen in Nordostsyrien ist es dennoch gelungen, eine eigene Hilfsorganisation – den Kurdischen Roten Halbmond – aufzubauen. Die inzwischen langjährige medico-Partnerorganisation arbeitet auch mit UN-Strukturen zusammen, sofern die politischen Bedingungen dies zulassen. Erheblich erschwert wird dies durch die antikurdische Politik der Türkei und die regelmäßigen Militäraktionen Ankaras. Ohne internationale Hilfe kann der Kurdische Rote Halbmond vor Ort das Überleben der Bevölkerung und der etwa 600.000 Geflüchteten aber nicht sichern. So werden in der UNO immer wieder Forderungen zur Öffnung des Grenzübergangs Al Yarubihah zwischen Syrien und dem Irak erhoben. Ganz aktuell geht es auch darum, akute Covid-19-Hilfe zu gewährleisten. Es ist der einzige Zugang für UN-Hilfe in die Region. Anfang Januar sorgte ein Veto von Russland und China im UN Sicherheitsrat dafür, dass er geschlossen wurde. Alle Hilfen für Rojava sollen über Damaskus abgewickelt werden. Dem dortigen Regime gibt das die Kontrolle über Einfuhren und Einreisen, die autonome Regierung in Rojava macht es erpressbar. Gerade im Falle der Covid-Hilfen treffen die Pakete nur mit großer Verzögerung ein und stellen die Helfer\*innen vor große humanitäre Nöte. Auch die WHO ist gezwungen, eng mit dem syrischen Gesundheitsministerium zusammenzuarbeiten. Wich-

tige Pandemieinformationen wurden nicht weitergegeben und die Ausstattung mit Covid-19-Behandlungsgeräten liegt weit unter dem Bedarf.

Die internationalen Strukturen versagen vor Ort in vielfacher Hinsicht. So gibt es keine Verurteilung der völkerrechtswidrigen Besetzung der Gebiete Afrin und Tall Abyad durch die Türkei und ihre Söldnertruppen. Weder wird die Vertreibung der Bevölkerung noch der demographische Austausch in den besetzten Regionen geahndet. Völkerrechtsverletzungen wie diese liegen unter dem Radar der UNO-Mitglieder. Eklatant zeigt sich das Versagen auch bei der Frage, wie es mit den ausländischen IS-Kämpfern in den provisorischen Gefängnissen und ihren Angehörigen in den Flüchtlingslagern weitergehen soll. Die internationale Gemeinschaft hält sich heraus und überlässt die sich radikalisierte Gefangenengemeinschaft eben jener lokalen Verwaltung, der sie die Anerkennung verweigert.

### Idlib - Hilfe ist keine Hilfe mehr

Im Nordwesten Syriens klammern sich aktuell rund vier Millionen Menschen an einen brüchigen Waffenstillstand, den die Türkei und Russland bilateral entlang strategisch wichtiger Autobahnen ausgehandelt haben. Idlib war im letzten Winter Schauplatz der größten Flüchtlingswelle des Krieges. Die Region, Zufluchtsort für zwei Millionen Binnenvertriebene, erlebte eine Großoffensive der syrischen und russischen Armeen. In der Folge strandeten über 1,7 Millionen Menschen an der Grenze im Norden zur Türkei. Die „Astana-Parteien“ Türkei und Russland hatten eine humanitäre Katastrophe mit ausgelöst und die UN, unfähig den Kämpfen Einhalt zu gebieten, war abermals bloßgestellt. Wie es über den aktuellen Waffenstillstand hinaus weitergehen soll, ist völlig ungewiss. Es

gibt keine tragbare politische Lösung für die Provinz. Während Assad darauf drängt, Rebellen und Islamisten final zu besiegen, will die Türkei Einfluss und Truppenpräsenz in der Region ausbauen.

Auf dem Höhepunkt der jüngsten Krise reihten sich Sitzungen, Mahnungen und Apelle der UN aneinander, ohne dass sich eine wirkliche Möglichkeit Einfluss zu nehmen eröffnete. Auf ihrer Flucht nach Norden mussten Hunderttausende Winternächte unter offenem Himmel verbringen. Die in Idlib gestrandeten Menschen brauchen Hilfe. Was der vollkommen überbevölkerte, von islamistischen Gruppen dominierte Grenzstreifen aber vor allem braucht, ist eine politische Perspektive. Ansonsten droht hier ein zweites Gaza, eine chronische Krise, in der sich die Probleme potenzieren und eine Lösung immer unwahrscheinlicher wird.

### Gerechtigkeit jenseits der UNO

Neben einem Ende der Kämpfe und der Gestaltung eines politischen Übergangs steht in Syrien eine weitere Mammutaufgabe an: die strafrechtliche Verfolgung unzähliger Kriegsverbrechen. Das schließt die Frage nach dem Schicksal von 150.000 politischen Gefangenen in syrischen Foltergefängnissen ein. Ein Friedensprozess für eine dauerhafte Nachkriegsordnung setzt voraus, dass das systematische Töten in den Gefängnissen aufgearbeitet wird. Das gleiche gilt für die terroristischen Verbrechen des IS sowie die völkerrechtswidrigen Besetzungen und Vertreibungen im Nordosten des Landes. Die internationale Gemeinschaft könnte hier entscheidende Arbeit leisten – theoretisch. Praktisch steckt die internationale Strafgerichtsbarkeit zu Syrien in einer Sackgasse. Wichtige Entscheidungen zur Aufarbeitung und Untersuchung der Verbrechen sind immer wieder an der Blockade des UN-Si-

cherheitsrates gescheitert. Hinzu kommt, dass Syrien kein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshof ist. Auch dieser kann also nur mit dem Mandat des UN-Sicherheitsrates aktiv werden.

Syrien legt die Schwächen des Systems offen: Es bräuchte dringend einen internationalen Mechanismus, der staatliche Gräueltaten auch gerichtlich belangen lässt, ohne hierbei auf eine Kooperation des beschuldigten Staates angewiesen zu sein. Zumindest gehen nun nationale Gerichte erste Schritte. So hat das Oberlandesgericht Koblenz auf Grundlage des Weltrechtsprinzips den weltweit ersten Prozess gegen Mitarbeiter in syrischen Foltergefängnissen begonnen. Andere europäische Staatsanwaltschaften bereiten ähnliche Prozesse vor. Es ist ein Schritt zurück auf die nationale Ebene, während der internationale Strafgerichtshof Den Haag blockiert bleibt.

Die UN stehen am Scheideweg. Die vom Kalten Krieg geprägte Konstruktion des Sicherheitsrats mit Veto-Rechten wirkt sie wie eine aus der Zeit gefallene Einrichtung, die die Weltgemeinschaft aber dabei blockiert, einen neuen Multilateralismus auszuhandeln. Wie dramatisch das ist, zeigt sich an den Problemlagen der Region, auf die die UNO bislang kaum Einfluss nehmen kann: Syrien in Trümmern, der ungelöste Krieg und die Hungersnot im Jemen, der Konflikt zwischen den USA, Israel und dem Iran, der Wettlauf um die Vorherrschaft in der Region zwischen Saudi-Arabien und der persischen Republik, die Expansion der Türkei gegen Kurd\*innen und andere Minderheiten in Nordsyrien und Nordirak, die Krisen im Libanon und dem Irak, die ungelösten Fragen nach kurdischer Autonomie, eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes, nicht zuletzt der sich ausbreitende und internationalisierende Konflikt in Libyen. Hinzu kommen die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirt-

schaftskrise sowie die Herausforderungen des Klimawandels, der die Region mit aller Härte bereits jetzt trifft. Nichts braucht die Nachbarregion Europas mehr als eine auf Kooperation ausgelegte, multilaterale Lösung und Friedensperspektive. Gleichwohl scheint genau diese so weit entfernt wie niemals zuvor.



Anita Starosta ist Historikerin und bei medico für die Öffentlichkeitsarbeit zu Nordsyrien, Türkei und Irak zuständig. Bei ihren Reisen nach Nordsyrien beobachtete sie, welche Auswirkungen das Versagen der internationalen Strukturen vor Ort hat.



Till Küster ist bei medico als Projektkoordinator für den Nahen Osten tätig. Der Politikwissenschaftler steht in engem Austausch mit den medico-Partnerorganisationen im kriegsgeplagten Syrien.

**Dem Versagen der internationalen Gemeinschaft bei der Wahrung der Menschenrechte begegnen wir in Syrien seit Jahren mit der Unterstützung lokaler Initiativen, die Werte wie Demokratie und Gerechtigkeit verteidigen. Von Beginn an stand medico an der Seite des demokratischen Projektes Rojava, was trotz permanenter Bedrohung als die letzte reale Option auf Demokratie und Menschenrechte in Syrien verstanden werden muss. In Idlib unterstützen wir ein Frauenzentrum, das sich zu einem wichtigen Zufluchtsort für Frauen entwickelt hat.**

**Spendenstichwort: Syrien**

# Nächster Schritt: Annexion

Das Recht des Stärkeren soll den israelisch-palästinensischen Konflikt entscheiden und beendet damit den Multilateralismus

Von Riad Othman

Im März 2020 vollzog sich in Kufr Aqab, das seit der israelischen Annexion Ost-Jerusalems als Teil Israels gilt, aber vom Rest der Stadt durch eine Mauer getrennt ist, etwas Bemerkenswertes: Als ein Fatah-nahes Komitee von Freiwilligen versuchte, Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus durchzusetzen, stieß es auf Widerstand unter Anwohner\*innen. Ein Wort gab das andere, die Situation eskalierte, es fielen Schüsse. Dem eigenen Selbstverständnis zufolge wäre die israelische Polizei die zuständige Ordnungsmacht und damit gefordert gewesen einzugreifen. Sie tat es nicht. Stattdessen rückten palästinensische Polizeieinheiten aus Ramallah in mehreren gepanzerten Mannschaftswagen an. Die paradoxe Situation: Bewaffnete palästinensische Kräfte der [Elite-] Einheit 101 sorgten mit dem Segen der israelischen Regierung auf „israelischem Territorium“ unter Palästinenser\*innen für Ordnung.

Solche Ereignisse bekommen vor dem Hintergrund des „Jahrhundert-Deals“ der US-Administration und der israelischen Annexionsabsichten ein besonderes Gewicht. Sie signalisieren, wo die israelische Führung die künftige Verantwortung für unerwünschte palästinensische Bevölkerungsteile sehen könnte, nämlich in Ramallah. Benjamin Netanjahu spricht mit

Blick auf die palästinensische Zukunft von einem „Staat minus“, einem Gebilde ohne zusammenhängendes Staatsgebiet, ohne eigene Außengrenzen, ohne Militär, ohne Hoheitsrechte. Die im US-Plan vorgesehenen Verkehrsadern zwischen den ansonsten abgeriegelten palästinensischen Enklaven fanden sich so unter anderem auch 2012 im Wahlkampf der Siedlerpartei „Das Jüdische Heim“, als diese für die vollständige Annexion der C-Gebiete warb. Man könnte meinen, Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, der für den „Jahrhundertplan“ verantwortlich zeichnet, habe sich davon inspirieren lassen.

Bei einer Umsetzung dieses Plans könnte mittel- bis langfristig eine Art Gaza-fizierung der palästinensischen Städte auf der West Bank drohen. Unerwünschte Bevölkerungsteile werden in Enklaven gehalten. Ihre Bewegungsfreiheit beschränkt sich auf den Wechsel von einer Enklave in die andere. Kommt es zu Unruhen oder Aufständen gegen diese Form der Einfäuerung, lassen sich die Verbindungen zwischen den einzelnen Inseln des Archipels sofort kappen. Dazu bedarf es nicht einmal einer besonderen Truppenstärke.

Den Palästinenser\*innen, die sich im Fall einer

Annexion auf israelischem Staatsgebiet wiederfinden, will Premier Netanjahu nicht die israelische Staatsbürgerschaft anbieten. Vielmehr gibt er sie in die Verantwortung der palästinensischen Selbstverwaltung. Die Idee macht den ganzen Widersinn deutlich, weil es keine palästinensischen Hoheitsrechte an den Wohnorten der Betroffenen geben wird. So zu tun, als seien sie Angehörige eines eigentlich für sie verantwortlichen und zuständigen palästinensischen Staates, die irgendwie von Israels Gnaden weiter auf dem annektierten Gebiet leben dürften, führt dazu, dass Menschen innerhalb desselben Territoriums unter demselben Souverän – nämlich dem einzigen und in diesem Fall israelischen – je nach ethnoreligiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte haben werden.

Israelische Regierungen haben seit Jahrzehnten rechtlich bindende Resolutionen der Vereinten Nationen ignoriert und verletzt. Zugleich begründen sie die Legitimität ihres Staates mit dem UN-Teilungsbeschluss von 1947. In diesem offenkundig instrumentellen Verhältnis zur UNO erhielten sie politischen und rechtlichen Schutz durch das bis 2016 routinemäßig abgegebene Veto der USA im UN Sicherheitsrat, zudem handfeste Unterstützung in Form von Militärhilfen, auch unter Barack Obama. Nie aber wurde Israel so offensichtlich zu schweren Brüchen des Völkerrechts ermuntert wie unter der Regierung Trump. Die USA haben Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt, was für weltweite Empörung sorgte, denn der Status Jerusalems ist einer der Hauptstreitpunkte für eine mögliche Konfliktregelung. Sie haben dem Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNRWA den Geldhahn zugedreht und stattdessen den Regierungen Libanons und Jordaniens Geld angeboten, damit sie die Flüchtlinge behalten und einbürgern. Die Regelung der Flüchtlingsfrage als weiterer zentraler Streitpunkt soll so ebenfalls hand-

streichartig zugunsten Israels entschieden werden. Jared Kushner hat in dem Plan zudem noch die Idee des Bevölkerungstransfers aufgegriffen, wie sie die extreme Rechte in Israel vertritt: Diese träumt davon, einen wesentlichen Teil der palästinensischen Staatsbürger\*innen Israels im Fall einer Konfliktregelung durch einen Gebietstausch loszuwerden.

Die Regelung dieser zentralen Streitpunkte nach den Vorstellungen der israelischen Regierung wird als Bedingung für Gespräche gesetzt. Zudem sieht der US-Plan vor, dass das Jordantal unter israelischer Souveränität verbleiben soll – das macht allein 30 Prozent der Fläche der Westbank aus. Damit greift Washington einer ernstzunehmenden Verhandlung über den dritten großen Streitpunkt vor, die Festlegung der Grenzen. Die USA sind damit unmissverständlich auf der Seite der rechtsnationalen Regierung in Israel und gegen das Völkerrecht positioniert. Zur bedingungslosen Aufgabe der eigenen Rechte nach den Wünschen Trumps und Netanjahus bedürfen die Palästinenser\*innen tatsächlich keiner Verhandlungen unter US-Ägide. Wenn es nach Trump geht, bleibt ihnen nur noch die Unterwerfung.

In dieser Situation, in der die Trump-Administration durch mit militärischer Vormacht geschaffene Fakten im Nachhinein legitimiert, stellte sich die deutsche Bundesregierung gegen eine der wenigen noch vorhandenen Möglichkeiten des Multilateralismus und des Völkerrechts: Durch seinen Status als beobachtender nicht-Mitgliedsstaat bei der UNO konnte Palästina dem Rom-Statut beitreten, hatte den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) als juristische Instanz anerkannt und darum ersucht, sich mit der Situation vor Ort zu befassen. Im Rahmen solcher Untersuchungen können interessierte Parteien als „Freund der Kurie“ (*amicus curiae*) den Gerichtshof bei der Einschätzung mit eigener rechtlicher Expertise unterstützen. In diesem

Fall schien es der Bundesregierung angebracht, dem ICC offiziell zu übermitteln, dass das Gericht vor Ort keine Jurisdiktion habe, weil Palästina kein Staat sei. Damit folgte das Auswärtige Amt der Argumentation der Regierung Netanjahu und erhöhte den Druck auf die Kammer, um ein Verfahren gegen den Staat Israel abzuwenden. Das geschah, nachdem der politische Teil des Trump-Plans Ende Januar veröffentlicht worden war und den Weg für weitere Annexionen durch Israel geöffnet hatte, weil die Siedlungen nun mal Tatsachen seien, die es zu akzeptieren gelte.

Daher erscheint es höchst zweifelhaft, dass die Bundesrepublik ihren temporären Sitz im UN-Sicherheitsrat und den EU-Vorsitz 2020 dazu nutzen wird, der geplanten Annexion mehr als mahnende Worte entgegenzusetzen. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Regeln des internationalen Umgangs, die Menschenrechte und die UN Charta nicht nur in dieser Frage (und keineswegs nur von den USA und Israel) mit Füßen getreten werden, sollte die EU das Völkerrecht und den Multilateralismus verteidigen – nicht nur, aber auch in Israel und Palästina. Wenn sie auf die Pläne der israelischen Regierung nicht reagiert, sind weitere Regelverletzungen und Rechtsbrüche in unterschiedlichen Zusammenhängen durch vielerlei Akteure zu erwarten. Vor den negativen Folgen für eine regelbasierte globale Ordnung warnten im Zusammenhang mit der drohenden Annexion auch 1.080 Abgeordnete aus 25 Ländern Europas.

Eine geschlossene Reaktion aus der EU ist wohl dennoch kaum zu erwarten. Netanjahu hat in den letzten Jahren erfolgreich Bündnisse mit Rechtspopulisten auch in Europa vorangetrieben, die Israel für seine Vision einer Ethnokratie und den harten Umgang mit Geflüchteten und nationalen Minderheiten bewundern. Was bleibt, sind bilaterale Maßnahmen, um die israelische Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen.

Von Deutschland ist in der Richtung unter Verweis auf die deutsch-jüdische Geschichte außer einem kritischen Wort unter Freunden wenig bis nichts zu erwarten.

Zwar kippte der Oberste Gerichtshof in Israel kürzlich das im Februar 2017 verabschiedete Regulierungsgesetz, das die rückwirkende Legalisierung von Siedlungen und Außenposten ermöglichte, die selbst nach israelischem Verständnis rechtswidrig auf palästinensischem Land gebaut worden waren. Den weiteren Siedlungsbau wird der Gerichtsbeschluss jedoch nicht stoppen. Und es ist zu fürchten, dass er auch die Annexion nicht aufhalten wird.



Riad Othman ist Nahostreferent bei medico. Er leitete mehrere Jahre das medico-Büro in Ramallah und weiß, was eine Annexion für die Palästinenser\*innen bedeuten würde.

Der möglichen Annexion der C-Gebiete im Westjordanland geht eine jahrelange israelische Landnahme und administrative Behinderung vorweg, über die medico und die Partner\*innen aus Israel und Palästina ein ganzes Buch schreiben könnten. So wird palästinensischen Bauern- und Hirtenfamilien schleichend die Existenzgrundlage entzogen, etwa indem ihr Zugang zu Wasser eingeschränkt wird. medico kooperiert mit der palästinensischen Union of Agricultural Work Committees, die Familien in der Landwirtschaft und Kleinviehzucht unterstützt. Unser israelischer Partner Kerem Navot dokumentiert die widerrechtliche israelische Landnahme.

Spendenstichwort: Israel-Palästina

# Projekte Projektionen

## Grundrechte schützen

El Salvador: Corona und staatliche Repression

Die Eindämmung des Corona-Virus fordert die medico-Partnerorganisation APROCSAL an vielen Fronten gleichzeitig. So reicht der umfangreiche Aktionsplan der Gesundheitsorganisation von Aufklärungsarbeit über die Versorgung von Familien, die durch die Ausgangsbeschränkungen in Not geraten sind, mit Nahrungsmitteln bis zu Sensibilisierungsmaßnahmen zu häuslicher Gewalt. Ein von medico gefördertes Projekt zielt darauf, den Zugang zu sauberem Wasser in marginalisierten Gemeinden zu verbessern. Sozialmedizin in all ihren Dimensionen. Gleichzeitig wendet sich APROCSAL öffentlich gegen die autoritäre Corona-Politik der Regierung. Landkreise wurden vom Militär abgeriegelt, der Ausnahmezustand ist verhängt und viele Grundrechte sind ausgesetzt. Inmitten ihres sozialmedizinischen Einsatzes dokumentieren die medico-Partner\*innen die Verletzung von Bürger- und Menschenrechten.



Foto: Aprocsal

APROCSAL verteilt Hilfsgüter an die Ärmsten.

## Ketten in der Krise

Südasien: Corona und die globale Textilindustrie

Der Corona-Virus hat die globalen Herstellungs- und Lieferketten zerrissen und die Hyperproduktion des Weltmarkts augenblicklich zum Stillstand gebracht. Internationale Textilkonzerne mit Sitz in Europa, Nordamerika und China stornierten sämtliche Aufträge an ihre Subunternehmen in Südasien, auch solche, die gerade oder beinahe fertiggestellt waren. Verlierer\*innen blieben die, die vorher schon verloren hatten. Millionen Arbeiter\*innen wurden, samt Familienangehörigen, in die Einkommens- und Obdachlosigkeit, bald auch in den Hunger verstoßen. Südasien medico-Partnerorganisationen NTUF (Pakistan) und NGWF (Bangladesch) haben sofort reagiert. Beide Gewerkschaften verteilten Lebensmittelpakete und verlegten sich auf Basisaufklärung in Sachen Corona. Notwendigkeiten, zu denen weder der pakistanische noch der bangladeschische Staat in der Lage waren. Zugleich aber sind NTUF und NGWF dort zur Stelle, wo sich Widerstand regt. Konkret: Wo Arbeiter\*innen ihre Weiterbeschäftigung, die Zahlung ausstehender Löhne oder die Einhaltung des Arbeitsrechts forderten. Mag die Produktion wieder anlaufen, der Kampf wird fortgesetzt. Infrastrukturen der sozialen Sicherung darf es nicht nur in den Ländern der Auftraggeber, es muss sie überall geben, der Zugang zu Gesundheit ist auch denen zu garantieren, die unsere Hemden und T-Shirts nähen. Und die Frage, wer die globalen Herstellungs- und Lieferketten steuert, stellt sich schärfer als jemals zuvor.



Streiten für ihr Recht: Äthiopische Hausangestellte im Libanon.

## Vor die Tür gesetzt

Libanon: Corona und migrantische Hausangestellte

„Wir sind kein Müll, den man einfach wegwirft, wenn man ihn nicht mehr braucht“, sagt eine der Protestierenden. Seit Wochen demonstrieren migrantische Arbeiterinnen vor der äthiopischen Botschaft in Beirut. Sie fordern Unterstützung, auch dabei, in ihr Heimatland zurückkehren zu können. Wie geschätzt 300.000 Frauen aus Asien und Afrika im Libanon haben sie als „Migrant Domestic Workers“ gearbeitet, als systematisch entrechtete und vielfältiger Willkür ausgelieferte Hausangestellte. Da dem Mittelstand in der Wirtschaftskrise, die sich durch die Corona-Epidemie noch verschärft hat, das Geld ausgeht, wurden sie massenhaft vor die Tür gesetzt. Sie sind damit augenblicklich obdachlos und viele auch ihres legalen Aufenthaltsstatus beraubt. Die feministische medico-Partnerorganisation Anti-Racism Movement (ARM) steht den Arbeiterinnen zur Seite: mit Überlebenshilfen, in von ihr betriebenen Gemeindezentren, mit Rechtsberatung und anwaltlichem Beistand – auch und gerade in der aktuellen Krise.

# Ein- spruch aus Moria



Foto: REUTERS/Elias Malcou

Zermürbung als Strategie der EU: Die Menschen in Moria sollen keine Hoffnung haben.

## Lesbos: Geschlossene Lager für Flüchtlinge, offene Grenzen für Tourist\*innen. Eindrücke zweier Ärztinnen

**Während Tourist\*innen aus Europa wieder auf die griechischen Inseln dürfen, wird der Lockdown in den dortigen Flüchtlingslagern verlängert. Was bedeutet das für die Menschen in Moria auf Lesbos?**

Jessica Horst: Die Lebensbedingungen im Camp – unzureichende sanitäre Anlagen, ungesundes Essen, räumliche Enge, gewaltsame Auseinandersetzungen und existenzielle Unsicherheit – wirken sich stark auf den Gesundheitszustand der Menschen aus. Dazu erhöht der Lockdown, gepaart mit dem Mangel an psychosozialen Unterstützungsangeboten, noch einmal spürbar die psychische Belastung.

Charlotte Linke: Die medizinische Versorgung in Moria ist absolut ungenügend. Sie wird größtenteils durch drei NGOs abgedeckt, die unter schwierigen Bedingungen in einer gemeinsamen Klinik arbeiten. Dort ist es eng, chaotisch und laut, Privatsphäre für Konsultationen kann kaum gewährleistet werden. Bei weitem nicht alle Menschen, die medizinische Behandlung suchen, erhalten diese auch. Hinzu kommt, dass wir weiterhin kaum Möglichkeiten haben, Menschen in das öffentliche System zu vermitteln.

**Bislang gibt es keinen Covid-19 Fall in Moria. Wie sieht eure medizinische Arbeit im Hinblick auf die Corona-Prävention aus?**

JH: Die Maßnahmen zur Corona-Prävention im

Camp passierten hauptsächlich durch Selbstorganisationen von Geflüchteten und NGOs. Seit sechs Wochen gibt es eine extra für das Covid-19 Screening gebaute sogenannte „Central Triage“, in der Menschen auf neu aufgetretene Atemwegsinfektionen gescreent werden. Aktuell ist die Anzahl der Tests jedoch durch die griechischen Behörden auf vier oder fünf pro Tag beschränkt. Deswegen sollen wir anhand klinischer Kriterien entscheiden, wer ein Verdachtsfall ist. Für diese gibt es inzwischen ein von Ärzten ohne Grenzen geführtes Isolationszentrum, in dem Patient\*innen bis zum Erhalt des Testergebnisses isoliert werden. Die letzte Entscheidung darüber, wer getestet wird, liegt jedoch bei der griechischen Gesundheitsbehörde. Viele der Patient\*innen, die wir testen würden, werden allerdings abgelehnt.

**Ließe sich ein Ausbruch unter diesen Bedingungen realistisch verhindern?**

CL: Kaum. Die Menschen in Moria sind gezwungen, auf sehr engem Raum zusammenzuleben, und müssen für alle Bedarfe des täglichen Lebens in Schlangen anstehen. Gleichzeitig wird zu wenig getestet. Das hat auch damit zu tun, dass die betroffene Person mit der Unterbringung in der Isolationseinheit einverstanden sein muss. Nur wer isoliert wird, wird auch getestet. Für viele Menschen ist es jedoch nicht möglich, ihre Familien mehrere Tage alleine im Camp zu lassen, da sie um ihre Sicherheit fürchten.



Jessica Horst und Charlotte Linke arbeiten seit April freiwillig als Ärztinnen in Moria für Medical Volunteers International. Beide sind Mitglied des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte und waren bei der langjährigen medico-Partnerorganisation Medibüro Berlin aktiv.

## HILFE AUF DEN INSELN

Nicht weniger dramatisch als in Moria ist die Lage im Camp Vathy im Osten der griechischen Insel Samos. Konzipiert für 648 Menschen leben derzeit um die 7.000 Flüchtlinge dort. Die meisten aus Syrien, Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo. Die Überbelegung führt auch hier zu katastrophalen Lebensbedingungen, die die Gesundheit der Bewohner\*innen massiv beeinträchtigen. Das jetzt von medico unterstützte Med'Equal-Team betreibt eine Klinik in der Nähe des Flüchtlingslagers. Der größte Teil der dort behandelten Erkrankungen ist auf die schlimmen Lebensbedingungen zurückzuführen. Viele Flüchtlinge müssen außerhalb des offiziellen Lagers, im so genannten Jungle, zu recht kommen. Wenn die kleinen Zelte nass und im Winter kalt werden, macht dies die Menschen für Infektionen anfällig. Im Sommer wird es darin unerträglich heiß. Die wenigen vorhandenen Toiletten sind meist schmutzig oder kaputt. Für das nährstoffarme Essen, das oftmals zu Unverträglichkeiten führt, müssen sich die Bewohner\*innen mehrere Stunden pro Mahlzeit anstellen. Bisher gab es auf der Insel keine bestätigten COVID-19-Infektionen, doch die Flüchtlinge im Lager leiden unter der starken Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Hier wie auch in den anderen Hotspots wird der Lockdown immer wieder verlängert, während ansonsten der Alltag wieder auf den Inseln einzieht. Unter solchen Bedingungen leben zu müssen, macht nicht nur den Körper, sondern auch die Seele krank. Med'Equal-Team auf Samos ebenso wie die medico-Partnerorganisationen auf Lesbos – Home for all und Stand by me Lesvos – tun, was sie können, um den Menschen in den griechischen Hotspots beizustehen.

### Wurden besonders vulnerable Personen aus dem Lager evakuiert?

JH: Eine gezielte Evakuierung findet praktisch nicht statt. Stattdessen ist es den Bewohner\*innen seit Wochen untersagt, das Lager zu verlassen. Während auf der Insel ansonsten der Alltag langsam wieder einkehrt, wird der Lockdown für sie immer wieder verlängert. Würde ein Covid-19 Ausbruch festgestellt, wäre die einzige Antwort der griechischen Regierung darauf vermutlich, das Camp komplett abzuriegeln. Neben dem unzureichenden und rassistischen Umgang mit der Covid-19-Pandemie, für den nicht nur Griechenland, sondern die gesamte EU verantwortlich ist, droht eine schleichende Umwandlung des Lagers in ein geschlossenes Camp.

Das Interview führten Maja Klostermann und Ramona Lenz.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration. Diese Rede verfasste sie für den Livestream der #unteilbar-Demo Mitte Juni 2020 in Berlin.

## UNTEILBAR DURCH DIE KRISE? Menschenrechte in Zeiten der Pandemie

Wir haben in den letzten Wochen gesehen, wie schnell unsere Grundrechte eingeschränkt werden können. Das Recht auf Bewegungsfreiheit oder das Versammlungsrecht wurden für eine Weile quasi abgeschafft. Für die massive Einschränkung unserer Freiheitsrechte gab es jedoch einen triftigen Grund: Den Schutz unserer Gesundheit. Jeder Mensch hat das Recht auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit. Um diesem Recht auch während der Corona-Pandemie Geltung zu verschaffen, schien die Einschränkung der Freiheitsrechte unumgänglich. Nicht zuletzt aus Solidarität mit den Alten und Kranken, die besonders gefährdet sind, einen schweren Krankheitsverlauf zu haben. So konnten vermutlich einige Menschenleben gerettet werden. Aber ging es wirklich um Solidarität mit den Schwachen und um Gesundheit für alle? Nein. Sicher nicht.

Wenn man uns jetzt erzählen will, Deutschland könne stolz sein auf sein umsichtiges und solidarisches Handeln während der Pandemie, müssen wir Fragen stellen: Was ist mit den Menschen in Flüchtlingsunterkünften, die keine Chance haben, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten? Was ist mit den Flüchtlingen an Europas Grenzen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen weiter in Elendslagern ausharren müssen? Was ist mit denen, die in der Türkei an einer Weiterreise nach Europa gehindert werden oder – wenn sie es trotzdem versuchen – auf hoher See abgedrängt und in Seenot gebracht werden? Und was ist mit den Menschen in Idlib, deren Krankenhäuser zerbombt wurden und die nicht mehr wissen, wohin sie noch fliehen sollen?

Die Gesundheit und die Rechte all dieser Menschen werden nicht erst seit der Corona-Pandemie geringgeschätzt. Sie sind nicht gemeint, wenn hierzulande die Solidarität in Zeiten der Pandemie beschworen wird. Kein Lockdown, keine Abschottung und keine Ausgrenzung kann jedoch verhindern, dass wir auch weiterhin in einer unentwirrbar verflochtenen Welt leben, in der Menschen, Waren, Geld, aber eben auch Viren und Treibhausgase über Grenzen hinweg zirkulieren. Den Herausforderungen der globalisierten Welt können wir daher nur mit globaler Solidarität begegnen. Und mit dem Beharren darauf, dass für alle Menschen überall die gleichen Menschenrechte gelten. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, wenn es um die Gesundheit geht.

Ramona Lenz

# Nekro- politik und Pande- mie



Foto: REUTERS/Patrick Olivares

Das Grauen sichtbar machen: Aktivist\*innen heben am Copacabana-Strand in Rio de Janeiro symbolische Gräber aus, um die Dramatik der Corona-Pandemie in Brasilien zu verdeutlichen.

# Wie Bolsonaro in Brasilien einen inneren Feind neu konstruiert

## Von Ruy Braga

Die Bolsonaro-Regierung verfolgt ein nekropolitisches Machtprojekt, das permanent einen Teil der Gesellschaft gegen einen inneren, dehumanisierten und somit auslöschbaren Feind mobilisiert. Vor Covid-19 oblag diese Rolle je nach Kontext und mit unterschiedlicher Emphase den „Vagabunden“ und „Banditen“, also pauschal Mitgliedern verschiedenster linker Gruppen, insbesondere Gewerkschafter\*innen oder jene, die Verbindungen zum nationalen „politischen Establishment“ haben. In diesem Projekt liegt eine Schlussfolgerung auf der Hand: Um die „Nation“ zu retten“, muss die von den „Vagabunden“ und „Banditen“ instrumentalisierte Demokratie mit all ihren in der Verfassung von 1988 verankerten sozialen und politischen Menschenrechten beseitigt werden. Das Projekt zur Untergrabung der brasilianischen Demokratie orientierte sich bis zum Aufkommen des Coronavirus an einer Reihe anderer internationaler Experimente, vor allem in den USA und Ungarn, die sich nach der Krise von 2008 entwickelt haben – mit einem bemerkenswerten Unterschied: Anders als die von Donald Trump oder Viktor Orbán geführten Regime verfolgt das brasilianische Modell eine ultraliberale Wirtschaftsstrategie, die öffentliche Ausgaben kürzt, und keine materiellen Konzessionen an die Subalternen gewährt.

Statt materieller Zugeständnisse verfolgt der Bolsanarismus eine ultrakonservative Agenda der Sitten, die den Wünschen des christlichen

Fundamentalismus, insbesondere der evangelikalischen Rechten, entspricht. Eine Verschiebung hin zu reaktionären Werten als Angebot an die Subalternen ist jedoch eine unsichere und quälende Angelegenheit. Dies gilt umso mehr in einem wirtschaftlichen Kontext, der angesichts der ultraneoliberalen Agenda von Minister Paulo durch eine Informalisierung von Arbeitsbeziehungen, steigende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und sinkende Arbeitseinkommen gekennzeichnet ist. Unsere Hypothese lautet: Bis zur Pandemie bestand die Bindung der Bevölkerung an das Bolsonaro-Projekt, die sich in dem Präsidentschaftswahlkampf 2018 herauskristallisierte, weitgehend auf einer „Wahlverwandtschaft“ zwischen einer bestimmten neopfingstkirchlichen Theologie und der typischen Fragilität in der informellen Beschäftigung, wie wir sie an den Peripherien des Landes beobachten.

## Wahlverwandtschaften

Genau ein Jahrhundert nach der Veröffentlichung von „Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, dem berühmtesten Werk des Soziologen Max Weber, hat in der brasilianischen vorurteilsgeladenen Gesellschaft eine ähnliche Art der Wahlverwandtschaft Fuß gefasst: die Wahlverwandtschaft aus neupfingstlicher Doktrin des Wohlstands und dem Geist des bis in die ärmsten Schichten reichen-

den Unternehmertums. Es geht also darum zu verstehen, inwieweit die Anziehungskraft zwischen einem religiösen Glauben und einer professionellen Ethik die Entwicklung einer materialistischen Kultur beeinflusst hat, die wir in Ermangelung eines besseren Ausdrucks Neoliberalismus nennen – und wie dies auch breite Teile der armen Bevölkerung zu Anhängern von Jair Messias Bolsonaro gemacht hat.

Das Wachstum der neupfingstlichen Bewegung in Brasilien ist vielfach untersucht worden. Es ist kein Geheimnis, dass die bedeutende Zunahme evangelikaler Prediger\*innen in jenen Regionen und Gruppen stattgefunden hat, die der immer elitärer werdende Katholizismus im Stich gelassen hat. Zudem hat die hypertrophe Lebensweise in den Favelas und Randzonen mit ihren prekären Bedingungen die Suche nach Versprechen materieller Sicherheit und spiritueller Tröstung verständlicherweise verstärkt. Unklar bleibt aber, warum ausgerechnet die neupfingstliche Theologie den flexiblen Überlebenspraktiken von Kindern und Jugendlichen (den „viracao“, benannt nach einem schnell aufkommenden Wind) und dem Kleinstunternehmertum der informellen Ökonomie mit einer expliziten Gegenposition zur Grammatik der sozialen Rechte so nah gekommen ist.

Je mehr die Aussicht auf kollektiven Fortschritt durch die Stärkung universeller Rechte vom Horizont verschwindet und die Konkurrenz um Geschäftsmöglichkeiten in der informellen Ökonomie aufgrund steigender Arbeitslosigkeit zunimmt, umso mehr wird der Glaube an einen Gott, der individuelle Anstrengungen belohnt, zu einem mächtigen Verbündeten in der täglichen Arbeit. Seit die Auszahlung der Rente für 40 Millionen informelle Arbeiter\*innen zu einem kaum erreichbaren Wunsch geworden ist, wird die Botschaft der neupfingstlichen Kirchen zur einzigen verbliebenen Hoff-

nung: „Gott will sein Volk sicher und wohlhabend sehen.“ Hierzu braucht es nicht mehr als die monatliche Abgabe eines Zehntels der eigenen Einkünfte – des „Zehnten“ – und ein positives Glaubensbekenntnis.

Für all jene, die keine Hoffnung mehr in traditionelle kollektive Lösungen wie politische Parteien und/oder Gewerkschaften setzen, kann das ein glaubwürdiger Weg zu materiellem Fortschritt sein, zumal er die subjektive Motivation zur Arbeitsdisziplin steigert. Um dem Gläubigen Gottes Segen zu demonstrieren, wird die Betonung des Zehnten zu einer privilegierten Antriebskraft für wirtschaftlichen Wohlstand und folglich für die Disziplin des arbeitenden Körpers. Untersuchungen charakterisieren informelle Arbeit entlang sehr langen Arbeitszeiten, einem Leben mit sozialer Gewalt und unregelmäßigem Einkommen, zahlloser Standortwechsel in der Stadt und chronischer Müdigkeit. Unter solch extremen Bedingungen kann nur der Glaube an die Erfüllung des göttlichen Versprechens von wirtschaftlichem Wohlstand den Willen des armen Arbeiters, der armen Arbeiterin stützen.

### Chloroquin oder Quarantäne

Bis zum Auftreten der biblischen Plage des Coronavirus schien die Quadratur des Kreises unter Bolsonaro relativ gut zu funktionieren. Schließlich blieb die Unterstützung derer, die von einem Einkommen in der Höhe von zwei bis fünf Mindestlöhnen leben, auch angesichts des niedrigen Wirtschaftswachstums stabil. Die wichtigsten evangelikalen Führungspersönlichkeiten standen fest zum autoritären Präsidenten und unterstützten seine noch so absurden Haltungen. Die von den paramilitärisch anmutenden Internethetzer\*innen geführte Konfrontation zwischen dem „Vagabunden“ und dem „Familienvater“ nährte konti-

nuierlich die Ressentiments selbst unter Freunden und Verwandten.

Mit Ankunft der Pandemie geriet jedoch ein strategischer Punkt der nekropolitischen Erzählung ins Wanken. Bolsonaros autoritäres Projekt hängt nämlich von der Fähigkeit ab, einen inneren Feind zu konstruieren: die korrupte PT-Frau, der NGO-Vagabund, der Slum-Bandit, der Feminazi usw. – je nach Laune des Augenblicks wird er oder sie ausgewählt, um die reaktionären Anhänger zu mobilisieren. Deshalb ließen sich mit Ausbruch der

Bis zum Auftreten der biblischen Plage des Coronavirus schien die Quadratur des Kreises unter Bolsonaro relativ gut zu funktionieren.

Pandemie in der Regierung richtiggehende Kurzschlussreaktionen beobachten. Denn was tun, wenn der Feind die Menschheit als Ganzes und nicht nur den Teil von ihr herausfordert, der am anfälligsten für Fake-News ist? Wie kann man ein nekropolitische Projekt aufrechterhalten, wenn alle im selben Boot sitzen oder wenn der Feind, die Feindin nicht mehr „entmenschlichbar“ ist, weil er oder sie gar kein Mensch ist?

Bisher hat sich die Strategie Bolsonaros mit allen Mitteln an das nekropolitische Modell geklammert. Sie versucht es auch jetzt. Gefährlicher als das „Grippchen“ Covid-19 sei die Allianz zwischen Gouverneuren, dem Präsidenten des Kongresses, Richtern des Obersten Gerichtshofs und dem Globo-Netzwerk, die

sich mit ihrer Unterstützung von Maßnahmen des Social Distancing gegen Bolsonaros Bundesregierung verschworen hätten. Die Argumentation schwankt, ab und an werden auch besondere Risiken für ältere Menschen eingestanden. Dennoch ist es Bolsonaro in gewisser Weise gelungen, die nekropolitische Polarisierung neu zu erfinden, indem Menschen lastwagenweise auf die Straße gekarrt wurden, um gegen die soziale Isolation zu protestieren.

Auf der einen Seite stehen diejenigen, die dem Diskurs folgen, wonach das traditionelle politische System und das Globo-Netzwerk mit gesundheitspolitischen Maßnahmen das Kleinunternehmertum ruiniert und den wirtschaftlichen Tod der armen Bevölkerung provoziert. Auf der anderen Seite befinden sich diejenigen, die die Warnungen der Weltgesundheitsorganisation ernst nehmen und epidemiologische Diagramme zur Verteidigung von Masentests und sozialer Isolation als den effizientesten Weg zur Vermeidung Tausender Todesfälle vorlegen. Die Negativfront von Bolsonaro hingegen fabriziert eine Kampagne, die im Kampf gegen das Virus Chloroquin und Hydroxychloroquin als Mittel der Wahl preist. Die Front verläuft nun zwischen Chloroquin- und Quarantäne-Anhängern. Die Nekropolitik stellt vor die Wahl: wirtschaftlicher oder physischer Tod?

Während die Bundesregierung versucht, ihre Strategie der permanenten Mobilisierung gegen den inneren Feind neu zu erfinden, befreit sie sich von der Last der kommenden Wirtschaftskrise, indem sie die Bürgermeister\*innen und Gouverneur\*innen sowie die von ihnen getroffenen Maßnahmen verantwortlich macht. Sie entledigt sich ihrer Verantwortung für die soziale Krise und präsentiert sich gleichzeitig als Verteidigerin von Beschäftigung und Einkommen für prekäre Arbeitneh-

mer\*innen. So plump stellt sich Bolsonaro das Szenario einer Eindämmung des Virus in Verbindung mit einer leichten Wirtschaftskrise vor. Er könnte sich dann als einziger Führer eines mächtigen Landes darstellen, der verstanden habe, dass das Heilmittel Isolation bitterer ist als die Heilung der Pandemie.



Ruy Braga ist ein brasilianischer Arbeitssoziologe, der sich mit dem Bolsonarismus und der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Ärmsten in Brasilien beschäftigt. Zu seinen Veröffentlichungen gehört „The Politics of the Precariat“ von 2019.

Kann dieser politische Trick Erfolg haben? Vieles hängt davon ab, ob die Unterstützung an der Basis stabil bleibt. Die Bolsonaro-Rechnung geht in etwa so: Wenn es bis zur Ende der Krise bei einer Unterstützung von etwa 20 Prozent der Wählerschaft bleibt, kann er seine Amtszeit zu Ende bringen und hat Chancen auf eine Wiederwahl 2022. Diese Unterstützung würde ausreichen, kombiniert mit der Angst vor einer Rückkehr der Linken an die Macht. Doch schon vor 100 Jahren hat Max Weber an etwas erinnert: Wird der Glaube an die Erfüllung der göttlichen Verheißung, der die Gläubigen an den charismatischen Führer bindet, durch die Fragilität der Gnadenbeweise erschüttert, beginnt ein Interregnum der Nachdenklichkeit. Und dies endet oft damit, dass der Führer fallengelassen wird. Die Loyalität des Gläubigen gegenüber dem vermeintlich Auserwählten Gottes ist nie bedingungslos und kann zu einer dem Rosenkrieg gleichen Scheidung führen. Wenn die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt, die Unterbeschäftigung explodiert und sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ärmsten verschlechtern, ist es durchaus möglich, dass wir erleben werden, wie sich die bisherigen Wahlverwandten neupfingstlicher Wohlstandsethik und plebejisches Wirtschaftsunternehmertum gegen sich richten.

Übersetzung: Katja Maurer

Der Text des Soziologen Ruy Braga entstammt der von medico geförderten Website „Outras Palavras“, die Hunderttausende Leser\*innen in Brasilien hat. Das alternative Medium veröffentlicht zudem einen regelmäßigen Newsletter zur Gesundheit, die im Rahmen der brasilianischen Verfassung von 1988 als „Recht aller“ und „Pflicht des Staates“, proklamiert wurde: „Garantiert durch eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt das Risiko von Krankheit zu verringern.“ Lateinamerika hat sich mittlerweile zum Hotspot der Pandemie entwickelt und in Brasilien hat sich die politische Krise mit Corona grundlegend verschärft, deren möglicher Ausgang ein Ende der Demokratie mit sich bringen könnte. In dieser Auseinandersetzung ist eine informierte kritische Öffentlichkeit der Unterpfand für das demokratische Recht – auch auf Gesundheit.

Spendenstichwort: Brasilien

# Zuhause- bleiben verboten

Nicaragua: Die geleug-  
nete Epidemie

Foto: REUTERS/Oswaldo Rivas

Es wird einsam um Daniel Ortega während seiner präsidenten Ansprachen an die Nicaraguaner\*innen.

## Ortega versucht, die Wirklichkeit durch Propaganda zu ersetzen

### Von Sergio Ramírez

Dem Roman „Der Herr Präsident“ von Miguel Ángel Asturias ist die Präsidentschaft von Manuel Estrada Cabrera ein Vorbild. In seiner mehr als 20 Jahre dauernden Diktatur strebte er jeden Tag danach, die Wahrheit durch offizielle Lüge zu ersetzen. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer der vielen Vulkane Guatemalas ausbrach, ließ er aus der Zurückgezogenheit seines Präsidentenpalasts ein Dekret in den Straßen verlesen, in dem er den Ausbruch als Falschmeldung deklarierte: Eine lügnerische Frucht der politischen Konspiration, um das Land zu destabilisieren, die Wirtschaft zu schädigen und den Fortschritt zu verzögern. Aber der glühende Ascheregen, den der Vulkan ausspuckte, verdunkelte die Sonne und hinderte den beauftragten Beamten, das Dekret bekannt zu geben. Angesichts der fehlenden Helligkeit musste er sich mit einer Acetylenlampe behelfen. Wegen der heftigen Erdstöße blieb jedoch niemand, um seine Bekanntmachung zu hören.

Dem Regime zufolge existiert in Nicaragua keine durch Covid-19 verursachte Epidemie, denn die Grenzen sind dank der offiziellen Ideologie durch göttlichen Schutz abgeschirmt. Alles andere ist Frucht der Verschwörung deformierter und kranker Gehirne, die nur verleumden und diffamieren, die das Land destabilisieren, die Wirtschaft schädigen und den Fortschritt verzögern wollen. Die Propagandisten der Regierung sagten zunächst, das Virus sei eine Krankheit der müßigen Reichen und hätte keinen Grund, an die Türen der Armen zu klopfen – zuhause zu bleiben sei also eine Verirrung imperialistischer

Propaganda. Die Pandemie in der Welt ist nichts als eine göttliche Strafe für die kapitalistische Ausbeutung.

Wir erleben so etwas wie einen Gesundheitsklassenkampf, das Virus ist eine ideologische Angelegenheit geworden. Seine Existenz in Nicaragua leugnen: revolutionäre Pflicht; sich gegen seine Ausbreitung schützen: eine Intrige der Rechten. In den Gesundheitszentren ging man soweit, Ärzten und Krankenschwestern den Gebrauch von Handschuhen und Masken bei der Behandlung von Patienten zu untersagen. Um zu zeigen, dass wir im gesündesten Land der Welt leben, und wir sind per Dekret glücklich, hat die Regierungspropaganda die Menschen prahlerisch aufgerufen, sich massenweise am Strand zusammenzufinden. Das Land ist eine Ansteckungsbombe. Schulen und Universitäten sind geöffnet. Es werden Boxkämpfe veranstaltet, die die internationale Fernsehkette ESPN überträgt, als wären es Zirkusvorstellungen für Arme, „untypische“ Merkwürdigkeiten der pittoresken Dritten Welt in Zeiten der Pandemie.

Die Ergebnisse der wenigen durchgeführten Tests werden den Patienten nicht bekannt gegeben, die Krankenhäuser und Kliniken des Staates haben die Anweisung, die Fälle als „untypische Atemwegserkrankungen“ zu registrieren. Entsprechend genießen die offiziellen Statistiken keinerlei Glaubwürdigkeit. Doch während das Übel für nicht existent erklärt wird, sind die Krankenhäuser mit Patienten

überfüllt. Für die Gestorbenen gibt es keine Totenwache, sie werden unter Überwachung der Polizei ohne Begleitung der Familie beerdigt. Die Furcht vor der Repression breitet sich aus, denn über das Virus zu sprechen kann ein subversiver Akt werden. Die Angehörigen der Toten ziehen es vor zu schweigen.

Der Mechanismus der Wahrheitsverfälschung ist derselbe wie infolge der Repression, die vor zwei Jahren Hunderte Tote in den Straßen hinterließ. Die durch Schüsse aus Kalaschnikows und durch gezielte Kugeln von Scharfschützen Ermordeten haben nie existiert. Die Opfer, aufgelistet von Menschenrechtsorganisationen, seien in Folge von Drogenkonflikten, Streits auf der Straße oder Verkehrsunfällen gestorben. Der Zynismus in all seiner Majestät, wie jetzt wieder.

Aber die lokale Übertragung des Virus hat längst begonnen. Das Observatorio Ciudadano, eine Organisation der Zivilgesellschaft zur Sammlung von Informationen, berichtet von wesentlich mehr Ansteckungsfällen im Land als den offiziell bestätigten. Heimliche Ansteckungen. Kürzlich unterzeichneten 645 Gesundheitsfachleute, alles anerkannte Spezialisten, die in Kliniken, Krankenhäusern und Privatpraxen arbeiten, ein Dokument der Anklage, mit Rückenbedeckung aller ärztlichen Gremien. In dieser beispiellosen Erklärung wird das Regime aufgefordert, effiziente Maßnahmen zu ergreifen, die dem gesunden Menschenverstand entsprechen, unter anderem die wahrheitsgemäße Information über die Verbreitung des Virus in der Bevölkerung, die Durchführung von Tests, die Einschränkung von Massenveranstaltungen, die obligatorische soziale Distanzierung, wenn erforderlich Isolierung sowie der Schutz des Gesundheitspersonals. Die Ärzt\*innen erinnern das Regime daran, dass „die Gesundheit nicht nur ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht, sondern auch ein Menschenrecht und eine

nicht delegierbare Verantwortung des nicaraguanischen Staats ist“.

Es ist ein mutiges Dokument. Jene, die es unterzeichnet haben, laufen Gefahr, entlassen zu werden. Denn sie zerstören das Bild der ewigen Glückseligkeit, in der die Nicaraguaner\*innen leben, gefangen in dem unglaublichen und fatalen Trugbild in dem die Lautsprecher der Regierung dir sagen, zuhause zu bleiben sei nicht mehr als eine bürgerliche Unart.

*Der Text erschien zuerst am 24. Mai 2020 auf der Seite von 100%noticias.*



Sergio Ramirez war von 1984 bis 1990 nicaraguanischer Vizepräsident, nach Differenzen mit Ortega gründete er das Movimiento de Renovación Sandinista [MRS] mit. Er schreibt Romane, Essays, Erzählungen und Gedichte. 2017 wurde er mit dem Cervantespreis ausgezeichnet.

medico international arbeitet seit vielen Jahrzehnten mit Gesundheitsorganisationen in Nicaragua zusammen, deren Arbeit in den letzten Jahren allerdings immer schwieriger wurde. Manchen wurde ihre Tätigkeit von der Regierung ganz untersagt. Trotzdem haben sich Mittel und Wege gefunden zivilgesellschaftliche Initiativen darin zu unterstützen, die so nötigen selbstorganisierten Schutz- und Aufklärungsmaßnahmen zu ergreifen. So werden Informationsmaterial und die Beschaffung von Schutzausrüstung für Gesundheitspersonal finanziert.

Spendenstichwort: Nicaragua

# Zeit der R

Die Gegenwart von Kolonialismus

A photograph of a city street scene. In the foreground, a large mural is being painted on the pavement, featuring bold yellow and black geometric shapes. A white bucket of paint is visible in the bottom right corner. A yellow caution tape is strung across the sidewalk, cordoning off an area. Several people are standing near the tape, some looking towards the camera. In the background, there are multi-story buildings with ornate architectural details, including a prominent golden statue or sculpture on a building facade. The scene is brightly lit, suggesting a sunny day.

Die Debatten um Kolonialismus und Sklaverei sind in eine neue Phase eingetreten: Sie drehen sich nicht mehr vorrangig um die Verbrechen und ihre ökonomischen, sozialen und psychosozialen Auswirkungen. Heute geht es um Reparation und Reparatur. Es wird um eine neue Epistemologie gerungen, eine andere universelle Wissensproduktion, die sich auf dem ausgelöschten Wissen des Südens neu gründen muss: ein paradoxes Unterfangen.

# Reparatur

us, Sklaverei und Rassismus



Foto: REUTERS/Brendan McDermid

„Black Lives Matter“ bringt weltweit Millionen Menschen gegen Rassismus auf die Straße. In verschiedenen US-Städten wird der Ruf auf die Straße gemalt. Hier in Brooklyn, New York.

# Globale Matrix der Kolonialität

Was man aus der südafrikanischen Post- und Neo-apartheid lernen kann: Ein Vorschlag für einen kosmopolitischen Aufstand von unten. Interview mit Tshepo Madlingozi

Die Parole „Die Apartheid ist tot, es lebe die Neo-Apartheid“ ist ein Schlüsselsatz in deinem Konzept „Perspektiven der Dekolonisierung“. Würdest du sagen, dass die Hoffnung auf wirkliche politische und wirtschaftliche Veränderungen nach dem offiziellen Ende der Apartheid je mehr war als eine Wunschvorstellung?

Wir alle waren damals hoffnungsvoll, in Südafrika und in der ganzen Welt. Südafrika ist in der globalen, sprich europäischen Vorstellung etwas ganz Besonderes. Denn die Apartheid, so hatte es der Philosoph Jacques Derrida gesagt, war der letzte institutionalisierte Rassismus. Es mag utopisch, vielleicht auch naiv gewesen sein, aber noch hoffnungsvoller stimmte uns die Tatsache, dass die Veränderungen ohne eine Eskalation der Gewalt erreicht wurden. Anders als im Kosovo, auf dem Balkan oder in Ruanda gab es in Südafrika keinen Bürgerkrieg. Es erschien uns alles wie ein Wunder und das ließ Hoffnungen keimen. Die ganze Welt dachte, in Südafrika würde nun alles gut werden. Aber es war eben auch eine Projektion, eine europäische Projektion, die auf Naivität wie auch vorsätzlicher Ignoranz beruhte.

Woran liegt es, dass das Verlangen nach grundlegenden Veränderungen und Gerechtigkeit sich weder 1994 noch heute durchsetzen lässt?

Die Anti-Apartheid-Bewegung war, nach der Anti-Sklaverei-Bewegung, die erfolgreichste internationale Solidaritätskampagne der Welt. Was aber ist daraus geworden? Apartheid be-

Ohne Land sind wir nicht  
nur landlos, wir sind wur-  
zellose Niemande, kosmische  
Landstreicher.

deutet immer mehr als Diskriminierung, es ging immer schon auch um kulturelle und wirtschaftliche Fragen: Wem gehört das Land? Wer bestimmt in der Wirtschaft? Wer legt fest, was als Wissen gilt? Südafrika war seit 1657 über Jahrhunderte eine Siedlerkolonie. Heute ist nicht nur das Bildungssystem weiterhin in hohem Maße eurozentrisch, auch die Landfrage ist ungelöst. So sind nur acht Prozent des Landes an die einst Enteigneten zurückgegeben

worden, Weiße besitzen immer noch 70 Prozent des Landes. Bei der Landfrage geht es nicht nur um die wirtschaftliche Dimension. Land sagt uns, wer wir sind, es verbindet uns mit unseren „Vorfahren“, mit unserem kulturellen Gedächtnis, es gibt uns den Raum, unsere traditionellen Rituale und unsere Kultur zu praktizieren, es verbindet uns mit der Welt. Ohne Land sind wir nicht nur landlos, wir sind wurzellose Niemande, kosmische Landstreicher. Die südafrikanische Wirtschaft ist immer noch in den Händen der Weißen. Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten Verbindungen zu großen südafrikanischen Unternehmen und zur Apartheidregierung. Sie konnten sich darauf verlassen, dass es keinen richtigen Wandel geben wird, wenn die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet werden. Heute tun diese Länder so, als wäre ein radikales Umverteilungsprojekt „unverantwortlich“. Wir haben es hier mit einer „Erkenntnistheorie der Ignoranz“ zu tun, die dem Westen zugutekommt.

**Seit den 1990er Jahren hält sich die These, dass es zum Bürgerkrieg gekommen wäre, wenn man nach dem Ende der Apartheid auch die Landfrage angegangen wäre. Ist das westliche Rhetorik?**

Die Vorstellung, dass man die Landfrage nicht anrührt, um einen Bürgerkrieg zu verhindern, ist falsch. Es ist auch nicht so, dass Krieg verhindert wurde. Nur wird dieser Krieg mit den Waffen der Armut ausgetragen: Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Es gibt einen Krieg der Ausgrenzung, es gibt damit verbunden einen Krieg gegen Frauen. Die Kriege im heutigen Südafrika sind soziokulturell und wirtschaftlich. Was verhindert wurde, ist lediglich ein Krieg gegen die Weißen. Es ist eine Falschbehauptung, dass zwischen 1988, bevor Mandela aus dem Gefängnis kam, und 1996, nach dem demokratischen Wandel in Südafrika, mehr Menschen

getötet wurden als während der Apartheid und der Kolonialisierung. Ein weiterer Irrtum: Der ANC ist nie eine revolutionäre Partei gewesen. Er war eine Partei für schwarze Eliten, die sich einen Anteil an der Wirtschaft sichern wollte. Sie hat darum gekämpft, in die weiße Gesellschaft einbezogen zu werden, nicht aber für eine radikale Umverteilung der Ökonomie und die Rückgabe des Landes. Der ANC hatte nie vor, die Landfrage anzutasten. Das ist der Grund, warum sie ungelöst ist und wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

**Dieser politische Kurs hat den Überlebenden der Apartheid, die auch nie eine angemessene Entschädigung erhalten haben, die Lasten einer langen Geschichte der Ungerechtigkeit aufgebürdet.**

Deshalb spreche ich heute über die Neo-Apartheid. Wir haben die Apartheid abgeschafft, uns aber nicht aus ihr befreit. Die grundlegende Struktur der Wirtschaft basiert nach wie vor auf der Ausbeutung der Schwarzen, auf Ausgrenzung, auf dem Krieg gegen Frauen, die sowohl die reproduktiven häuslichen Arbeiten als auch die Erwerbsarbeit stemmen müssen. Im Wirtschaftsleben besteht das koloniale System fort, der rassistisch strukturierte Kapitalismus hat viele Kontinuitäten. Deine Frage greift wichtige Punkte auf: Es gibt ein intergenerationelles Trauma, eine intergenerationelle Armut, eine intergenerationelle Marginalisierung. Sie alle schreiben sich fort. Wenn ein Vater verschwindet, können seine Kinder nicht mehr zur Schule gehen, sie sind arm und bekommen keine anständige und sichere Arbeit mehr. Trauma und Armut sind ebenso generationenübergreifend wie für weiße Menschen die Privilegien.

**Ist diese Ungleichheit der Trigger für die aktuellen postkolonialen Bewegungen in Südafrika?**

Unter Slogans wie #rhodesmustfall oder #feesmustfall führen die Studierenden einen sehr

ernstzunehmenden Kampf. Sie fordern nicht nur Zugang zu sauberem Wasser, zu Elektrizität oder sogar zu qualitativ hochwertiger Bildung. Sie pochen darauf, dass das ganze Gebäude falsch konstruiert ist, dass das Fundament des neuen Südafrika verrotten ist und dass es in Wirklichkeit kein Fundament gibt, auf dem eine neue Gesellschaft aufgebaut werden könnte. Sie sagen: „Deshalb sind auch wir, die wir nach 1994 geboren wurden, nicht frei geboren.“ Und deswegen fordern sie auch keine schrittweisen Reformen. Um die neokolonialen Strukturen wirklich zu überwinden, sei es notwendig, dass „alles fallen müsse“.

### **Ist diese Protestbewegung förmlich vom Himmel gefallen?**

Ihr wohnt etwas Neues inne und zugleich gab es in den letzten Jahren in Südafrika zahllose Protestbewegungen gegen Vertreibung und für den Zugang zu öffentlichen Gütern, die nur nicht wahrgenommen wurden und über die nichts in der Zeitung zu lesen war. Man muss sich die Tragweite klarmachen: Die Townships brennen. Man muss allerdings auch sehen, dass sich die Wut bei einigen in Fremdenfeindlichkeit manifestiert. Anstatt das System zu konfrontieren, das einen arm gemacht hat, pickt man sich eine andere verletzte Person heraus. So werden jeden Monat auch schwarze lesbische Frauen getötet, als Skandal wird dies gleichwohl nicht gesehen. Wir befinden uns in einer Situation der Neo-Apartheid, des Neokolonialismus, in der einige wenige Schwarze Millionäre werden. Unser Präsident ist zwar kein Geschäftsmann, Millionär ist er dennoch. Ich spreche von einer Neo-Apartheid, weil die ursprünglichen Nutznießer der Apartheid im Bündnis mit einigen Schwarzen eine ausgrenzende Gesellschaft aufrechterhalten.

### **Braucht es einige superreiche Schwarze, um das System mit seinem neokolonialen Charakter zu legitimieren?**

Ja. Mit dem Verweis auf einige kann man behaupten, dass Aufstieg möglich ist und jeder es schaffen kann. Das ändert aber nichts daran, dass die Struktur der Gesellschaft ungebrochen Ab- und Ausgrenzung produziert: Einige zählen, viele andere nicht. Zu dem Massaker

Das koloniale Imperium erhält sich durch weniger auffällige Formen wie „epistemischen Kolonialismus“, wirtschaftliche Unterwerfung, kulturellen Kannibalismus, die Aufbüdung ökologischer Lasten.

im Zuge eines Bergarbeiterstreiks in einer Platinmine im südafrikanischen Marikana vor acht Jahren kam es deshalb, weil schwarze Bergleute sagten: „Wir werden keine Sklaven mehr sein.“ Unser Präsident war damals Aktionär der Mine. In diesem Massaker kam die Neo-Apartheid auf drastische Weise zum Ausdruck: Die schwarze Menschheit bleibt verdächtig und die südafrikanische Gesellschaft hält die Mehrheit der Schwarzen in Gefangenschaft, in einer „Zone der Nichtseienden“.

### **Hat der Aufstieg der #mustfall-Bewegungen – der Kampf für eine dekolonialisierte, gerechte und faire Gesellschaft – das moralische Gefüge Südafrikas verändert? Kann sie weltweite Strahlkraft haben?**

Ich würde sagen, dass diese neue Bewegung den kulturellen Code des Verrats sehr klar offenlegen kann. Sie haben Recht, wenn sie sagen, dass uns keine Freiheit geschenkt wurde. Die Bewegungen bergen die Erfahrungen schwarzer Studierender, unsichtbar gemacht

und marginalisiert zu werden, die Realität epistemischer Gewalt und institutionellen Rassismus. Sie fordern, das Weißsein in seinen Privilegien und die Kolonialität in ihren Kontinuitäten zu entlarven. Sie verlangen das Ende der Geschlechterunterdrückung und die Abkehr von einer neoliberalen Ordnung, die etwa den Hochschulsektor immer stärker kommerzialisiert. Die Bewegungen haben zum Beispiel eine sehr gute Kritik am marktorientierten und eurozentrischen Bildungssystem formuliert, daran, dass die meisten südafrikanischen Universitäten uns entfremden und uns zu Minieuropäern machen. Ich frage mich dennoch manchmal, ob sie wirklich bis zum Kern des

Problems vordringen. Würden Lehrpläne afrikanischer werden, würden Zugänge für Studierende aus armen Familien geschaffen: Es würde nichts an der wirtschaftlichen Situation verändern. Meines Erachtens braucht es eine tiefgreifende politische Analyse der Ökonomie. Ohne diese kann man die Zusammenhänge zwischen lokalen Kapitalisten und globalen Kapitalisten nicht sehen und folglich auch keine Wege finden, diese zu überwinden. Genauso wichtig ist es, sich mit Gleichgesinnten in anderen Ländern und Kontinenten zu verbinden. Das neoliberale Imperium kann man nicht zuhause besiegen. Was es braucht, ist ein kosmopolitischer Aufstand von unten.



Studierendenproteste in Südafrika 2016.

Ein Schlüssel, um Dekolonisierungs- und Befreiungsbewegungen tiefgreifend zu verstehen, ist es, sie in ihren Eigenheiten und -dynamiken wahrzunehmen. Welche Rolle können dennoch universelle und globale Bewegungen spielen?

Die meisten einst kolonialisierten Länder sind mit den gleichen Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Sie alle müssen sich mit der globalen Matrix der Kolonialität in dem Sinne auseinandersetzen, dass sie an den Rand der globalen politischen, wirtschaftlichen und epistemischen Macht gedrängt sind. In gewisser Weise existiert das koloniale Imperium noch immer. Es stützt sich nicht mehr auf die Bibel und Gewehre, sondern erhält sich durch weniger auffällige Formen wie „epistemischen Kolonialismus“, wirtschaftliche Unterwerfung, kulturellen Kannibalismus, die Aufbürdung ökologischer Lasten und vieles mehr. Da es sich um ein globales System der Unterdrückung und Peripherisierung handelt, ist so etwas wie ein weltweiter gegenhegemonialer Pushback nötig. Demokratische Süd-Süd-Allianzen und eine gegenseitige Befruchtung von Ideen, Strategien und Taktiken sind in dieser Hinsicht enorm wichtig. Boaventura de Sousa Santos hat das als „subalternen Kosmopolitismus“, Walter D. Mignolo als „dekolonialen Kosmopolitismus“ bezeichnet. Dass sich auch im globalen Norden antikapitalistische, radikal feministische, antirassistische, für ökologische Gerechtigkeit und Dekolonialisierung eintretende Gruppen erheben, ist eine ermutigende Entwicklung. Hierin konstituiert sich das, was man als „Süden im globalen Norden“ oder auch das „andere Europa“ bezeichnen kann. Die Kräfte können dazu beitragen, das Imperium von Innen heraus zum Einsturz zu bringen.



Tshepo Madlingozi leitet seit 2019 das Zentrum für angewandte Rechtsstudien CALS an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg. Mit medico kam er bereits wenige Jahre nach dem Ende der Apartheid als junger Aktivist von Khulumani in Kontakt.

**Welche gemeinsamen Horizonte sollte und könnte eine solche Bewegung entwickeln?**

Die Perspektive für gegenhegemoniale Bewegungen aus dem Süden ist eine demokratische, antiheteronormative, antipatriarchale, antirassistische, antikapitalistische und antiepistemische Kolonialität. Es geht weder darum, Bündnisse um der Bündnisse wegen zu schmieden, noch darum, die Kolonialität des weißen Mannes durch die des schwarzen Mannes zu ersetzen. Wichtig sind Allianzen von unten, die sich außerhalb staatlicher Strukturen bewegen. Diese gemeinsamen Horizonte und geteilten Prinzipien, wie man sich organisiert, gelten auch für das gegenhegemoniale Europa. Darüber hinaus müssen Bündnisse zwischen anticolonialen Gruppen im Süden und in Europa auf gegenseitigem Respekt und Solidarität beruhen. Nur so lassen sich ein kultureller Imperialismus und epistemische Kannibalisierung durch so genannte radikale Partner aus dem Norden verhindern.

Das Interview führte Anne Jung.

# Protest-Kontinuum

In den aktuellen Bewegungen zeigt sich eine globale Macht – jenseits der politischen Souveränität

Von Mario Neumann

Düstere, apokalyptische und oftmals ratlose Töne beherrschen viele der Diskussionsräume, in denen einmal vorwiegend über Freiheit, die Zukunft, vielleicht sogar die Revolution gesprochen wurde. „Optimismus ist nur ein Mangel an Informationen“, warnte bereits Heiner Müller. In der Tat gibt es ausreichend frei verfügbare Informationen, mit denen sich heute eine pessimistische Grundhaltung belegen lässt, von der fortschreitenden Zerstörung der Natur über die weltweiten Katastrophen bis hin zu den Wahlergebnissen von autoritären und rechtsradikalen Kräften. Die der Welt ist denkbar schlecht, ohne Frage.

Doch diesem pessimistischen Blick entspricht fast immer die Überschätzung der politischen Souveränität, die Fokussierung der Welt diagnose auf den Zustand der staatlichen und ökonomischen Mächte – auf die Vorstellung also, dass die Welt nur im Handeln von Regierungen und Institutionen organisiert und begreifbar wird. Soziale Proteste erscheinen darin häufig als bloß negative Ereignisse, als Ausbruch und Entladung von Unzufriedenheit, letztlich als Bild der Ohnmacht, die verzweifelt an die Macht appelliert. So plötzlich, wie diese Proteste häufig ausbrechen und dann kurze, heftige Debatten provozieren, so selten sind sie selbst Gegenstand einer tiefergehenden Analyse oder gar einer Erzählung politischer und

historischer Kontinuität. Doch was, wenn sie sich aus mehr als spontan explodierender Ablehnung speisen, sie vielleicht Teil eines langandauernden Prozesses sind, der unterhalb der Register einer vertikalen Macht der Institutionen abläuft? Gäbe es dann nicht allen Grund, zumindest optimistisch und pessimistisch zugleich zu sein? Und gibt es nicht auch Gründe, die zahllosen Aufstände und Bewegungen der letzten Jahre als Ausdruck einer existierenden globalen Kraft zu begreifen und nicht bloß als Anhängsel der Katastrophe?

Black Lives Matter, Fridays for Future, Ni una menos

Zugegeben: Der optimistische Blick muss sich heute im Sozialen auf die Suche begeben, dort also, wo die Dinge vielleicht schlechter gesagt, aber dafür umso besser gelebt werden. Die Black Lives Matter-Bewegung hilft, auch in Zeiten von Corona an eine andere Kontinuität des jungen 21. Jahrhunderts zu erinnern. Es gibt eine andere Geschichte, als sie uns ein zu verengter Blick auf die staatlichen und internationalen Institutionen, auf Parteien und die anderen, größtenteils verknöcherten politischen Organe einer weitestgehend entleerten repräsentativen Demokratie zeigt: eine Geschichte von unten. Dass sie als Prozess insta-

bil und schwer zu greifen erscheint, mag auch daran liegen, dass sie für den eingeübten politischen Blick einen Mangel an ausgereiften Theorien, konkreten Alternativen und politischer Organisation hat. In Wahrheit ist das ein potentieller Reichtum: Sie ist nicht entlang der Paradigmen der Souveränität und der ihr zugehörigen politischen Rituale verfasst, sondern als sozialer Prozess, der jede politische und auch nationale Begrenzung überschreitet; der in der sozialen Welt wirkt und die Subjektivitäten sowie die sozialen Beziehungen prägt.

Es reicht ein unvollständiger Blick auf die Jahre seit 2011, das mit dem Aufstand auf dem Tahrir-Platz und dem Sturz des ägyptischen Diktators Mubarak ein Schlüsselereignis lieferte, um diese Kontinuität anzudeuten. Und 2011 begann – wie auch 1968 – bereits früher, in diesem Fall im Dezember 2010, als sich der Straßenhändler Mohamed Bouazizi in Tunis selbst verbrannte und damit eine Welle von Aufständen lostrat. „Von nun an wird es jedes Jahr einen meteorologischen und einen politischen Frühling geben“, schrieben die Theoretiker der Demokratiebewegung Michael Hardt und Toni Negri in jenen Zeiten. Sie sollten recht behalten.

Die Aufstände 2011 in Nordafrika, die an sie anschließenden Demokratiebewegungen in Griechenland, Spanien und den USA, die bereits 2014 beginnende Black Lives Matter-Bewegung, die Migrationsbewegungen nach Europa mit ihrem Höhepunkt und der ihr begegnenden Solidarität 2015, die unglaubliche Konjunktur einer neuen, globalen Frauenbewegung der letzten Jahre, die in Südamerika und in der #metoo-Debatte ihren Ausgang nahm und allein in Spanien jährlich Millionen Frauen auf die Straße brachte, die Fridays for Future-Protteste mit ihrer von Beginn an globalen Resonanz, die französischen Gelbwesten und die vielen anderen Aufstände des letzten Jahres von Sudan über Chile und Haiti bis nach Libanon und Iran: Vielleicht ist all

das nicht ein letztes Aufbegehren, sondern ein Anfang von etwas Neuem, das schon längst begonnen hat.

## Auf den Pfaden von 68

Es genügt jedenfalls nicht, all diese Ereignisse nur als Reaktionen auf die von ihnen thematisierten Missstände zu erklären. Die Bewegungen sind Zeichen des Fortschritts und der Katastrophe zugleich und jedenfalls mehr als der Ausdruck von Verzweiflung. Das zeigen auch die Massendemonstrationen der letzten Jahre, selbst hier in Deutschland: Überall Menschen, deren Gesichtszüge, Sprache und Umgangsweisen nicht nur von Wut und Verzweiflung geprägt sind, sondern gleichermaßen Bilder einer bereits gelebten Zukunft vorwegnehmen.

In einem Interview für das medico-rundschreiben aus dem vergangenen Jahr berichtete die lateinamerikanische Feminismus-Ikone Rita Segato von ihren Erfahrungen beim Frauenstreik in Buenos Aires: „Die Interviews mit jungen Teilnehmerinnen haben mich perplex gemacht: Sie sind so gescheit und selbstbewusst. Sie sind, so scheint es mir, in ein anderes geschlechtliches Selbstverständnis hinein geboren worden. Für uns waren diese Themen ein zu verwirklichendes Programm, für sie sind sie Wirklichkeit. Das ist eine Revolution, die schon stattgefunden hat.“ Vergleichbares lässt sich über die deutsche Black Lives Matter-Bewegung sagen. In ihr wird nicht bloß der institutionelle Rassismus in Deutschland thematisiert. Sie gibt auch der postmigrantischen Gesellschaft ein machtvolleres Gesicht, in dem sich die jahrzehntelange Selbstbehauptung migrantischer Communities, ihre Erfolge und ihr Selbstbewusstsein spiegeln.

Das Gelebt-Werden der Utopie führt die Spurensuche weiter zurück als 2011, nämlich zu

den Jahren um 1968 – verstanden als Chiffre einer jahrzehntelangen globalen Revolte, die über die politischen Formen und Inhalte der klassischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hinausging. Sie schrieb eine Geschichte von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung über Vietnam, Algerien, Lateinamerika, Paris und auch bis nach Prag, die sich dann in antikolonialen, feministischen und migrantischen Kämpfen fortsetzte. Wir erleben heute, dass all das nicht zu Ende ist und sich auch nicht – wie so viele meinen – in einen individualistischen Pakt mit den Glücksversprechen des Neoliberalismus verstrickt hat. Heute haben die Fragen von damals eine neue Konjunktur: Ökologie, Feminismus, Antirassismus, Antikolonialismus. Die Kinder der 68er wollen die zweite Hälfte des Weges gehen. Ihre Eltern mögen ihnen verzeihen, dass sie den ersten Teil des Weges womöglich gar nicht kennen, aber sie sollten mit ihnen weitergehen. Sie fangen von vorne an, aber auf halber Strecke. Selbst Angela Davis hat die Revolte in den USA jüngst in eine lange Tradition der Kämpfe eingeordnet, die sich für sie jetzt zu einer ultimativen Chance verdichten. In einem BBC-Interview sagte sie, dass diese besondere historische Konjunktur die Möglichkeit eines politischen Wechsels berge, „wie wir sie nie zuvor erlebt haben“. Rassismus, die Folgen der Sklaverei und des Kolonialismus seien nie zuvor derart herausgefordert worden. Und ganz ehrlich: Sie muss es wissen!

#### Vom Gemeinsamen zurück zur Politik

Die Spuren der globalen Aufstände als Kontinuum und als Ausdruck einer lebendigen sozialen Welt zu verfolgen, bedeutet, die spezifische Art von Macht anzuerkennen, die sie jenseits der politischen Institutionen ausüben: die Anerkennung ihrer Fähigkeiten, das Gemeinsame zu produzieren, ohne dabei über das, was wir in Deutschland das öffentliche

oder staatliche Gemeinwesen nennen, zu verfügen. Mit Rita Segato dabei von einer „Revolution, die schon stattgefunden hat“, zu reden, soll nicht bedeuten, aus einem veränderten Blickwinkel die globale Katastrophe schönzureden. Der alte Marx liefert vielleicht einen auch heute noch hilfreichen Hinweis: „Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die alte Gewalt; insofern ist sie politisch.“

Dass sich diese „politische“ Frage nicht durch einen etwas optimistischeren Blick auf die „soziale“ Welt erledigt, zeigen die letzten Jahre deutlich. Die Existenz von Kräften sagt noch nichts über die Kräfteverhältnisse. Aufbrüche in eine neue Zukunft wurden oftmals brutal erstickt und im wahrsten Sinne des Wortes unterdrückt – der syrische Bürgerkrieg ist das wohl dramatischste Beispiel dafür, ebenso die Stärke der rechtsautoritären Internationale. Doch es bleibt lebendig und lebt immer wieder auf, was in eine andere Zukunft drängt. Es wird vorerst keine Partei, kein Programm und keine politische Einheit daraus werden. Haben wir trotzdem – erst recht global gesehen – etwas gemeinsam, auf das wir bauen und ein wenig Optimismus begründen können, jenseits aller lokalen Unterschiede und politischer Schwerpunkte? Vielleicht ist das, was verbindet, einfach erst einmal das Gemeinsame: Das Beharren auf einer gemeinsamen Welt aller, einem politischen und sozialen Universum ohne Ausschlüsse und Entrechtung. Der Rest wird sich zeigen.



Mario Neumann beobachtet die sozialen Bewegungen weltweit nicht nur als Pressereferent von medico, sondern beteiligt sich als politischer Aktivist auch aktiv daran.

# Verflochtene Geschichte

Haiti, das koloniale Erbe, Emanzipation: Eine Rezension des Buches „Haitianische Renaissance“

Von Andrea Steinke

Überall auf der Welt fallen derzeit Statuen von Kolonialherrschern und Sklavenhaltern. Als es in Bristol die Statue von Edward Colston traf, wurde empört kommentiert, das Britische Königreich habe doch als erstes weltweit die Sklaverei abgeschafft. Über die reflexhafte Abwehr hinaus, sich mit der eigenen Gewaltgeschichte grundlegend auseinanderzusetzen, zeigten diese Kommentare ein anderes, sich stets wiederholendes Muster: das wirkmächtige Übergehen der Gründungsgeschichte Haitis als Muster weißer Geschichtsschreibung.

Das Buch „Haitianische Renaissance“ soll dazu beitragen, einem deutschen Lesepublikum diesen blinden Fleck in der Universalgeschichte näher zu bringen und, wichtiger vielleicht noch, zu veranschaulichen wie sich das koloniale Erbe bis heute in die innere Struktur sowie das Fremdbild Haitis verwebt. „Die Menschen wollen eine Zukunft außerhalb dieser kolonialen Beziehungen“, wird Nixon Boumba zitiert. Der von Katja Maurer und Andrea Pollmeier herausgegebene Sammelband umfasst Tagebuchauszüge, Essays und Interviews von und mit haitianischen Intellektuellen wie Suzy Castor, Raoul Peck und Gary Victor, sowie von Menschen, die viel Zeit in Haiti verbracht haben, etwa Mark Schuller und Ricardo Seitenfus. „Haiti ist viel zu komplex für Leute, die es eilig haben“, schreibt letzterer und zielt damit

vor allem auf die Kultur kurzfristiger Projekte der internationalen Gemeinschaft ab.

Die Tabula-Rasa-Mentalität großer Teile der internationalen Gemeinschaft nach dem 2010er Erdbeben ist Teil dieser ahistorischen und apolitischen Herangehensweise: „This area is like a white paper and we can draw on it“, wird der CEO eines Unternehmens zitiert, über einen Ort, an dem Menschen bereits leben und wirtschaften. Aïda Roumer beschreibt in ihrem Beitrag in Bezug auf den als gescheitert zu betrachtenden Industriepark Caracol weiter diese Haltung: „Irgendeine wirtschaftliche Aktivität ist vermeintlich besser als gar keine.“ Dabei war gerade die Intervention nach dem Erdbeben ein Lehrstück für den für viele Hilfsorganisationen unbequemen Fakt, dass nicht jede Form von Hilfe besser ist als keine Hilfe. Die Massen von internationalen NGOs in Haiti haben das Gegenteil bewiesen, als „Notfallkommando in einer völlig deregulierten Welt“, wie Regisseur Raoul Peck konstatiert.

Der Ausweg sei aber nicht, „immer wieder dieselben Vertreter der Zivilgesellschaft zu unterstützen“. Mark Schuller trifft damit ein Kernproblem der sogenannten Lokalisierungsdebatte der humanitären Hilfe ins Herz: die Zivilgesellschaft wird nach und nach Teil des Systems, passt sich seinen Strukturen an und

entfernt sich zwangsläufig von denen, die es repräsentieren soll. Mit Blick auf die junge Antikorruptionsbewegung „Petrochallenge“ stellt Nixon Boumba fest, dass „viele traditionelle Organisationen der haitianischen Zivilgesellschaft obsolet zu werden“ drohen. Als Effekt der oben beschriebenen Dynamik seien sie zu

Wir sind es, die dieses Buch brauchen. Wider die systematische Ignoranz. Looking at you, deutsches Feuilleton.

top-down, zu patriarchalisch organisiert. Sein Blick richtet sich an Maurer selbst, die ihm auch als Vertreterin einer Hilfsorganisation gegenübertritt: „Ihr fahrt vielleicht einmal im Jahr nach Haiti. Ihr könnt gar nichts anderes machen, als euch auf die Leute zu stützen, die ihr ohnehin kennt. So reproduziert sich die ausweglose Situation.“

Der Blick auf Haiti, der aus den Berichten der Autorinnen spricht, wenn sie beispielsweise durch die Straßen von Port-au-Prince fahren oder im Garten von Suzy Castor sitzen, ist und verbleibt eine Außenperspektive, eine weiße Perspektive. Das ist spürbar und beide Autorinnen verdecken dies nicht. Darüber hinaus denke ich nicht, dass „Haitianische Renaissance“ ein Buch ist, das „den Menschen Haitis eine Stimme gibt“, wie es in der Zusammenfassung des Buches heißt. Die Menschen in Haiti haben eine Stimme, allemal jene, die in diesem Buch sprechen: Ökonominen, Schriftstellerinnen, Regisseure, public intellectuals. Sie brauchen dieses Buch nicht, um ihre Stimme zu erheben, vielleicht brauchen sie nicht einmal das Publikum dieses Buches. Vielmehr gibt das

Buch einem deutschen Publikum die Möglichkeit, sich mit dem Land auf eine Art und Weise zu beschäftigen, die über die gewohnten unterkomplexen Plattitüden und kolonial geprägten starren Bilder hinausgeht. Wir sind es, die dieses Buch brauchen. Es macht es den Ignoranten schwerer in ihrer „systematischen Ignoranz“ zu verharren. Looking at you, deutsches Feuilleton. Und es macht es denen einfacher, die versuchen wollen, aus ihrer Ignoranz herauszutreten. Das ist die Leistung dieses Buches, das erste seiner Art in deutscher Sprache. Und das ist in der Tat beachtlich.

„Haitianische Renaissance“ ist keine wissenschaftliche Studie, dieser Anspruch wird auch nicht erhoben. Das entschuldigt Unschärfen und kleinere Ungenauigkeiten in einigen Texten. Es ergibt sich aber auch eine Stärke daraus: das Buch wird ein weitaus breiteres Publikum erreichen als jeder begutachtete wissenschaftliche Artikel, jede Doktorarbeit oder jedes Policypapier es vermag. Gleichzeitig wird es in Zukunft auch in die Arbeit jener Menschen einfließen, die solche schreiben, weil es eine Tür aufmacht.

Das Buch beschreibt sehr umfassend den Status quo des Karibikstaates, es ist eine fundierte Wasserstandsmeldung zum „System Haiti“ und seinen beteiligten Stakeholdern. Die Leserin lernt von Effekten des Klimawandels, die Haiti besonders hart treffen, seiner konfliktreichen Beziehung zum Nachbarstaat, von der internationalen Schuldenpolitik als Grundstein haitianischer Misere und der zentralisierten „Republique Port-au-Prince“. Es wird sowohl der Revolutionsmythos wie auch die Rolle haitianischer Eliten kritisch beleuchtet. Das Buch ist ein Mosaik aus Versatzstücken, nichts davon, kein Teil ist allgemeingültig. Genauso wenig ist keiner der beschriebenen Sachverhalte zu vernachlässigen, will man Haiti begreifen.

Wir lernen, dass Haiti eben kein exotischer Son-

derfall, keine exzeptionelle Geschichte ist. Spätestens seit 1492 ist Haiti untrennbarer Teil westlicher Geschichtsschreibung. An vielen Stellen des Bandes wird diese *histoire croisée*, die verflochtene Geschichte unserer Welt, greifbar, als eine, die sich vehement gegen Singularitäten sträubt. Die Denkmäler an den Strandpromenaden Santo Domingos im Nach-

Haiti ist eben kein exotischer Sonderfall. Spätestens seit 1492 ist es untrennbarer Teil westlicher Geschichtsschreibung.

barstaat als „eine pathetisch militärische Historiografie männlicher Helden“ zu beschreiben, ist nureine von vielen Kontextualisierungen im Jetzt, die der Text leistet. Er spricht auch von Restitution kolonialer Raubgüter, von Reparationen für andere Kolonialverbrechen – eine Debatte, die ganz aktuell noch einmal Fahrt aufnimmt, jetzt wo das Europäische Parlament Versklavung als Verbrechen gegen die Menschheit anerkannt hat.

Die Frage nach dem *quo vadis*, die sich vor allem für humanitäre Organisationen stellt, bleibt allerdings unbeantwortet. NGOs sind laut Frédéric Thomas Komplizen in einem System, mit dem die Haitianer\*innen brechen wollen. Die NGOisierung von Haiti stellt „eine der größten Hindernisse für einen Systemwandel dar“, kommentiert Nixon Boumba ähnlich im Buch. Politische Krisen in Haiti werden gern als humanitäre Krisen geframet, von NGOs, Medien, Wissenschaft. Das sind sie nicht. Sehr wohl haben sie aber humanitäre Notlagen zur Konsequenz. Wie also damit umgehen? Wo ist der Schleifpunkt, die Balance zwischen dem

Anspruch „leave no one behind“, dem sich derzeit nicht nur die UN im Rahmen ihrer nachhaltigen Entwicklungsziele verschrieben haben, und der politischen Souveränität Haitis als Grundvoraussetzung für einen Staat der Fürsorge, Chancengleichheit und Teilhabe sicherstellt? Was bedeuten diese Erkenntnisse nun für eine Organisation wie *medico international*, die maßgeblich am Zustandekommen dieses Bandes beteiligt war? Vielleicht steht das in einem nächsten Buch oder wir diskutieren es gemeinsam.



Andrea Steinke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Humanitarian Action in Berlin und arbeitet seit Jahren zu humanitären und sicherheitspolitischen Interventionen in Haiti.

*Katja Maurer/Andrea Pollmeier: Haitianische Renaissance. Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation, Frankfurt 2020, Brandes & Apsel Verlag, 228 S., 19,90 €.*





Repair Analysis, Kader Attia. Das Bild ist in der Ausstellung über den karibischen Künstler Frank Walter zu sehen, die noch bis November 2020 im Museum für Moderne Kunst in Frankfurt gezeigt wird.

## REPARATUR DURCH REPARATIONEN

Der Empörung über Rassismus müssen Taten folgen

Im Frankfurter Museum für Moderne Kunst hängt ein zerbrochener Spiegel, der mit rostigen Klammern notdürftig repariert wurde. Wer sich in dem Spiegel betrachtet, schaut nicht zuerst sich selbst an, sondern den geflickten Bruch, der einer Wunde gleicht. Das Werk stammt von dem algerisch-französischen Künstler Kader Attia, der sich in einer ganzen Reihe seiner Werke mit dem Thema der Reparatur beschäftigt hat. Bei einem Künstler wie ihm, der mit seinen verschiedenen Wohn- und Herkunftsorten auch deren koloniale und imperiale Geschichte zu seiner eigenen machte, ist darin zugleich die ganze Welt aufgehoben. Ohne Reparatur ist diese Welt nicht zu retten. Eine andere Welt entsteht nur, wenn es gelingt, die kolonialen Verbrechen der Vergangenheit ebenso wie die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nach wie vor stattfinden, zu bearbeiten. Dass Reparatur zugleich eine Absage an die Idee ist, eine heile Welt des Konsums könne die Grundlage für ein Gemeinsames sein, versteht sich von selbst.

Wenn unsere gemeinsame Chance einzig in der Reparatur besteht, dann gilt es die Bruchstellen zu finden, die in die Weltwerkstatt gehören. Dass darin eine große Wunde noch in keiner Weise verarztet wurde, zeigen die aktuellen Auseinandersetzungen um Rassismus und die andauernden Folgen des Kolonialismus. Die imperiale Welt mit ihren Kolonien hat ihre Siedler\*innen entschädigt, wenn sie in der Entkolonialisierung ihre Besitztümer aufgeben mussten, nicht aber die kolonisierten, versklavten Bevölkerungsgruppen. Besonders gut dokumentiert und durchgerechnet ist dies im Fall Haiti. Über hundert Jahre lang zahlten die Haitianer\*innen an Frankreich Entschädigungen für den entgangenen Gewinn aus Sklavenarbeit. Dem französischen Ökonomen Thomas Piketty zufolge etwa 30 Milliarden Euro, exklusive der bezahlten Zinsen. Piketty forderte daher kürzlich, dass die unrechtmäßig verlangten Gelder an Haiti zurückgezahlt werden. Auch von den Hereros aus Namibia gibt es an Deutschland gerichtete Entschädigungsforderungen, die bislang brüsk abgewiesen wurden.

Es ist an der Zeit, eine Kampagne für Entschädigungen und Rückgabe etwa der geraubten Kulturgüter ins Leben zu rufen. Den Erklärungen gegen Rassismus müssen Taten folgen, sollen sie nicht nur wohlfeil sein. Europa muss Verantwortung für seine koloniale Geschichte übernehmen. Das hätte tiefgreifende Folgen, nicht zuletzt für unsere imperiale Lebensweise. Aber es wäre eine Reparatur, die auch uns selbst heilt.

Katja Maurer

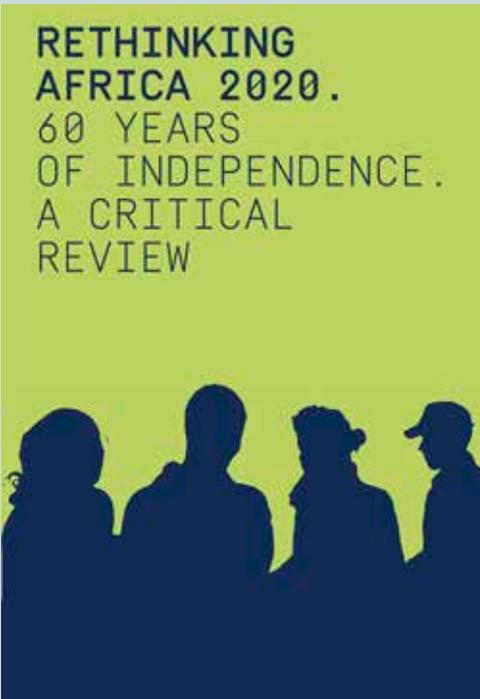
# medico aktiv

## 60 Jahre Unabhängigkeit

Die Reihe „Afrika neu denken“ beleuchtet koloniale Kontinuitäten

Vor 60 Jahren haben 17 afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit errungen. Doch noch immer sind nicht alle kolonialen Fesseln gelöst. Statt auf einer Tagung befasst sich die von medico mitorganisierte Reihe „Afrika neu denken“ in diesem Jahr auf drei Online-Veranstaltungen mit der Frage, ob die Dekolonialisierung mehr war als das kurze Aufscheinen einer noch zu erfindenden Zukunft: Wie kann die politische und kulturelle Überwindung von Abhängigkeiten ausgestaltet werden? Und welche europäischen Vorstellungskomplexe sind zu dekonstruieren, wenn über afrikanische Befreiungskämpfe gesprochen wird? Die Reihe erinnert an die Träume der Generation, die für die Unabhängigkeit kämpfte, und betrachtet gleichzeitig die vielschichtigen Wirklichkeiten und neuen postkolonialen Bewegungen. Nach dem Auftakt Ende Juni geht es am 30. September unter der Frage „Wer kontrolliert was?“ um die Wirtschaftsordnung in Afrika und am 30. November 2020 um Un-Abhängigkeit im Kontext von Selbst- und Fremdbildern.

[www.medico.de/afrika-neu-denken](http://www.medico.de/afrika-neu-denken)



## Osthafen goes global

Online-Veranstaltung mit Ensemble Modern und medico-Partnern

Noch vor Corona haben sich im Frankfurter Osthafen ansässige Initiativen unter dem Namen „Ostport“ zusammengetan, darunter medico und das Ensemble Modern. Diesem führenden Orchester für Neue Musik gehören 18 Solomusiker\*innen aus vielen Teilen der Welt an. In diesem Jahr feiert es 40. Jubiläum. Doch alle Feierlichkeiten fielen aus, wie so vieles. Dass nun das Internet als öffentlicher Veranstaltungsort erhalten muss, ist weder für Diskussionsabende von medico noch für die Musiker\*innen, die eigentlich das Publikum mit seinen Reaktionen als Gegenüber brauchen, erfreulich. Mitte Mai aber haben sich beide Organisationen zusammengetan, um in einer Online-Veranstaltung ihre musikalischen und politischen Welten zu verknüpfen. Was als gewagtes Experiment begann, erwies sich als Notwendigkeit: In den vorgetragenen Stücken moderner Komponist\*innen schien sich das Nichtsprechbare auszudrücken, die gemischten Gefühle aus Verwirrung, Bestürzung und Hoffnung, die Corona ausgelöst hat. Und sie verbanden sich mit Lageberichten und Gedanken von medico-Partner\*innen aus Pakistan, Brasilien, Berlin oder Genf, sodass sich für Momente in aller Ungleichheit doch auch eine Welt offenbarte. Der Abend, von dem Schriftsteller und Kuratoriumsmitglied der medico-Stiftung Ilija Trojanow moderiert, lässt sich online nachschauen. Es lohnt sich.

[www.medico.de/solidarity-on-air](http://www.medico.de/solidarity-on-air)



Die brasilianische Aktivistin und Schauspielerin Kay Sara aus dem brasilianischen Amazonas hat die School of Resistance eröffnet.

## Schule des Widerstandes

Debattenserie von medico und Milo Rau, coronabedingt per Livestream

Auf einer Gratwanderung zwischen Kunst und Politik inszeniert und reinszeniert Theatermacher Milo Rau mit Unterstützung von medico immer wieder andere Wirklichkeiten, um damit künftige Möglichkeiten auszuleuchten. So spielten medico-Partner\*innen 2017 eine maßgebliche Rolle bei der vorgehenden Gründung eines Weltparlaments von unten. In diesem Jahr wollten Partner\*innen der brasilianischen Landlosenbewegung MST mit Milo Rau eine Aktualisierung der Antigone-Tragödie wagen, die dann auch in Berlin zu sehen gewesen wäre – von Debatten um eine postkapitalistische Ära begleitet. Corona hat diesen Plan vorerst vereitelt. Doch unter dem Titel „School of Resistance“ sind die Diskussionen im Mai und Juni digital geführt worden und per Livestream erlebbar gewesen – mit gewichtigen Beiträgen aus dem globalen Süden für ökonomische und soziale Alternativen.

[www.medico.de/school-of-resistance](http://www.medico.de/school-of-resistance)



1  
Aufsteller mit Flyern



2



5



3



6



4



7

# Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund\*innen, Bekannte und Kolleg\*innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner\*innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:  
[www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)

**1 Hallo wie geht's ... eigentlich dem Rest der Welt?** – Der neue medico-Flyer informiert kurz und knapp über die Arbeit von medico international, von der Projektförderung über Partner\*innen bis zur politischen Aufklärungs- und Kampagnenarbeit: Mit Haltung. In Solidarität. Für Veränderung. Gerne liefern wir bei größeren Stückzahlen auch einen Aufsteller aus Karton mit, mit dem die Flyer gut präsentiert werden können. Damit sie ihren Weg zu all den Menschen finden, die medico unbedingt kennenlernen sollten! Ganz einfach bestellen – per Email an [info@medico.de](mailto:info@medico.de) oder per Telefon (069) 94438-0

**2 medico-Jahresbericht 2018** – [44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

**3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft** – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**4 Globale Gesundheit**  
16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

**5 Warum Menschen fliehen** – [32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

**6 medico-Rundschreiben 01/20** – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

**7 Inseln der Vernunft schaffen** – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund\*innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

## Ich bestelle:

- \_\_\_\_\_ medico-Flyer mit Aufsteller  
 \_\_\_\_\_ medico-Jahresbericht 2018  
 \_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Globale Gesundheit  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Warum Menschen fliehen  
 \_\_\_\_\_ medico-rundschreiben 01-20  
 \_\_\_\_\_ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

Anzahl

\_\_\_\_\_ Name

\_\_\_\_\_ Straße

\_\_\_\_\_ Ort

\_\_\_\_\_ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

\_\_\_\_\_ IBAN

\_\_\_\_\_ BANK

\_\_\_\_\_ BIC

\_\_\_\_\_ Datum

\_\_\_\_\_ Unterschrift

Bitte einsenden an:  
 medico international  
 Lindleystr. 15  
 D-60314 Frankfurt am Main  
 oder faxen an (069) 43 60 02

# Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Zustiftungen:** Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](http://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
**BIC HELADEF1822**  
**IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00**



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

**Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden**

Andrea Schuldt und Frank van Ooyen  
Tel.: [069] 944 38-0, Email: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



**Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden**

Gudrun Kortas  
Tel.: [069] 94438-28,  
Email: [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Spendenaktionen und Kommunikation**

Anita Starosta  
Tel.: [069] 94438-44,  
Email: [starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

## Globaler Virus. Globale Verbindung.

Corona hält uns in Atem – und zuhause. Mehr denn je sind wir auf digitale Medien angewiesen. **medico informiert online** mit **Veranstaltungen**, Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge, aktuell auch umfassend über die Pandemie in einem **ausführlichen Corona-Dossier**. In **Blogs** mischen sich medico-Kolleg\*innen ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit Beiträgen von **Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube – alle Optionen unter **[medico.de/verbinden](https://www.medico.de/)**



medico international

„Als Martin Luther King in Birmingham, Alabama, begann, Kinder in den Protest einzubinden, sagten die Leute, das sei nicht der richtige Weg. Als die Menschen während der Apartheid in Südafrika durch die Straßen marschierten, sagten die Leute, das sei nicht der richtige Weg. Wenn Menschen Dinge verbrennen, sagen sie, es sei nicht der richtige Weg. Es gibt keinen richtigen Weg zu protestieren, das macht den Protest aus. Protest ist niemals richtig, weil Du gegen das protestierst, was Dich aufhält.“

Trevor Noah

Foto: REUTERS/Adam Betcher

Nach dem Tod von George Floyd in Minneapolis.



medico international